

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis...
Wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 12. August 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Gerechtigkeit.

Gibt es eine Gerechtigkeit?

Die Geschichte lehrt, daß der Rechtsbegriff in steter
Wandlung ist: daß alles Recht herauswächst aus dem Kampf...

Mit wenigen Begriffen wird das Wort „gerecht“ so leicht
verbunden, wie mit dem des Krieges. Und meist erlebt man
es, daß haben und drüben der Kampf, in den man zieht...

Aber es gibt noch eine andere Art von Gerechtigkeit,
über die es keinen Streit geben sollte, eine Art persönlicher
Anständigkeit, die man von Arbeitern und Unternehmern...

Dies bietet sich uns eine Möglichkeit, jeden Krieg
mit Gerechtigkeit zu durchdringen, — mit einer Gerechtigkeit,
die alle eint. Und auch in dem Westenbrand, der jetzt seine
Flammen emporjuchend, sollten alle diese Gerechtigkeiten...

Aber nichts ist dafür wohl charakteristischer als die
Verurteilung der Behandlung, die hier und da den Ausländern
zuteil geworden ist. Wie es scheint, sind Ausschreitungen
überall — England ausgenommen — vorgekommen...

Zeigen wir also vor allem hier unseren Willen zur
Gerechtigkeit! Das deutsche Volk hat es ja auch gar nicht
nötig, hier ungerecht zu sein und damit einen schwarzen
Schatten auf seine Kämpfe zu werfen.

Die Kriegsergebnisse.

Vernichtung einer französischen
Brigade.

Berlin, 11. August. (W. Z. B.)

Eine vorgeschobene gemischte Brigade des
französischen 15. Armeekorps ist von unseren
Sicherungstruppen bei Lagarde in
Lothringen angegriffen.

Der Gegner ist unter schweren Verlusten
in den Wald von Paroy nordöstlich Luneville
zurückgeworfen und hat in unseren
Händen eine Fahne, zwei Batterien,
vier Maschinengewehre und etwa
700 Gefangene gelassen.

Ein französischer General ist
gefallen.

Unter einer gemischten Brigade versteht man eine
Infanteriebrigade (zwei Regimenter Infanterie gleich 6000
Mann), denen kleinere Artillerie- und Kavallerieabteilungen...

Lagarde liegt auf deutsch-lothringischem Gebiet,
ungefähr 2-3 Kilometer von der Grenze entfernt. Der Wald
von Paroy zieht sich ungefähr 12 Kilometer von der Grenze
entfernt in Französisch-Lothringen hin.

Wie im Kriege berichtet wird.

Berlin, 11. August. (W. Z. B.) Als Zeichen dafür, mit welchen
Mitteln die Franzosen die öffentliche Meinung zu bearbeiten
suchen, sind nachstehend einige Auszüge Pariser Telegramme
zusammengestellt...

Eine französische Brigade erlitten vor Altkirch, das mit sehr
starken Feldbefestigungen versehen (ein „offenes Städtchen“)
und von einer deutschen Brigade verteidigt war (gar nicht
„verteidigt“, einige Kompagnien wichen aus).

Ueber Lüttich wird berichtet, daß Festung und Forts heute
noch in der Hand der Belgier seien. Die Deutschen hätten mit
120 000 Mann 40 000 Belgier angegriffen.

führten in den Forts-Zwischenräumen Verschanzungen aus. Es sei
kein Zweifel, daß die so ausgebaute Festung vollständig uneinnehmbar
geworden sei. Zwischendurch ist die Rede von aufgeriebenen und
verprengten deutschen Kavalleriedivisionen und auf freiem Felde
gefangenen deutschen Regimentern.

1. Um Holland gegen uns einzunehmen, werden wir
verdächtigt, England als Preis für seine Neutralität in diesem
Kriege die Teilung Hollands angeboten zu haben.
2. Unsere Truppen hätten in den Schützengräben weiße
Fahnen hochgehalten, und nachdem die Belgier das Feuer
eingestellt, heimtückisch geschossen.

Der Seekrieg.

Die Aktion der deutschen Flotte.

Berlin, den 11. August. (W. Z. B.) Neber die Tätigkeit
unserer Flotte im bisherigen Kriegsdarstellung ist bekannt
geworden, daß auf den drei Kriegsschauplätzen, in der
Nordsee, in der Ostsee und im Mittelmeere, Teile
der Marine ihre Tätigkeit bis an die feindlichen Küsten
vorschoben haben.

Nach englischen Zeitungsnachrichten hat das belbenmütige
Vorgehen der kleinen „Königin Luise“ unter Führung ihres
unerschrockenen Kommandanten Korvettenkapitän Biermann
tiefen Eindruck auf ganz England gemacht und Beforgnis erregt.

Trotz der schwierigen Lage, in der sich unsere oft einzeln
stehenden Auslandsschiffe den meistens überlegenen fremden
Streitkräften gegenüber befinden, hat der kleine Kreuzer
„Dresden“ nach englischen Nachrichten den Dampfer
„Mauritania“ der Cunardlinie bis vor den Hafen von Halifax
gejagt.

In der Nordsee haben unsere Seestreitkräfte mehrfach
Vorstöße unternommen, ohne auf einen Gegner zu stoßen. Die
Natur des Seekrieges bringt es eben mit sich, daß auf diesem
Kriegsschauplatz Zusammenstöße, die wahrscheinlich zur
Entscheidungsschlacht führen werden, unter Umständen erst
nach geraumer Zeit zu erwarten sind.

Dementierte Gerüchte über deutsche
Kriegsschiffe.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“
entnimmt den „Nieler Neuesten Nachrichten“ mit Erlaubnis
des Reichsmarineamts folgendes: In einigen Nieler
Geschäftshäusern wurden von unbersener Seite dieser Tage
Depeschen angeschlagen, daß die Kriegsschiffe „Magdeburg“
und „Augsburg“ beschädigt seien.

An der Ostgrenze.

Wiederhergestellte Bahnlinie in Russisch-Polen.

Berlin, 11. August. (W. Z. B.) Die Strecke
Sosnowice-Czenstochau ist wiederhergestellt. Hier
wurden zahlreiche rollendes Material und große Kohlen-
vorräte erbeutet. Auch die Brücke Granica wurde wieder-
hergestellt.

Beschlagnahmtes Flugzeug.

Schneidewahl, 11. August. (W. Z. B.) Am Sonntag wurde
auf dem hiesigen Güterbahnhof ein in mehreren Rissen ver-
packtes französisches Flugzeug beschlagnahmt, das für
Rusland bestimmt war. Die beschlagnahmten Rissen wurden
nach Polen gebracht.

Amliche Beruhigung wegen der Cholera-
gefahr.

Berlin, 11. August. (W. Z. B.) Gegenüber der Beforgnis,
ob die zurzeit in Rußland angeblich herrschende Cholera
auf Deutschland übergreifen wird, sei auf folgendes
hingewiesen:

Rußland ist im letzten Jahrzehnt wiederholt von Cholera heimgegriffen worden und hatte z. B. im Jahre 1905 eine schwere Choleraepidemie. Obgleich aber die lange deutsch-russische Grenze dem Vordringen der Krankheit nach Deutschland keinerlei natürliche Hindernisse bietet, im Gegenteil die Weichsel mit ihrem Schiffahrtsverkehr geradezu ein Einfalltor für sie darstellt, so ist die Seuche niemals über die Grenze hinaus vorgedrungen. Einzelne bei uns eingeschleppte Fälle sind dicht an der Grenze sogleich erkannt und durch die erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen alsbald unschädlich gemacht worden. Diesen Erfolg verdankt Deutschland seinem vorzüglich organisierten Seuchenschutz. Ueber das ganze Reich sind zahlreiche Medizinal-Untersuchungsämter (bakteriologische Stationen) ausgebreitet, welche zur sofortigen Feststellung ansteckender Krankheiten dienen. Treten irgendwo solche Krankheiten gehäuft auf, so können diese Ämter „fliegende Laboratorien“ in die gefährdete Gegend senden, um an Ort und Stelle noch rascher und nachdrücklicher die Seuche zu unterdrücken. Durch Isolierungen und Desinfektion wird die Ansteckungsquelle unschädlich gemacht und die Ausbreitung der Krankheit dadurch verhindert. Auch bei unserem Heere befinden sich zahlreiche tragbare bakteriologische, nach den neuesten Anforderungen der hygienischen Wissenschaft eingerichtete Laboratorien, damit jeder Seuchenverdacht sofort an Ort und Stelle geklärt werden kann. Hygienisch wohlgeschulte Sanitätsbeamte begleiten die Truppen, je ein hygienisch-spezialistisch ausgebildeter Sanitätsoffizier befindet sich bei jedem Korpsarzt und schließlich bei jedem Armeearzt je ein „Verantwortlicher Hygieniker“, die aus den ordentlichen Professoren der Hygiene an den Universitäten und Instituten ausgewählt sind. Sachverständiger Rat in gesundheitlichen Fragen steht hierdurch ausreißend zur Verfügung. Gegen Typhus und Cholera gibt es ferner eine zweckmäßige Schutzimpfung, welche das Kriegsministerium natürlich längst in seinen Plan zur Bekämpfung dieser Seuchen einbezogen hat. Der Impfstoff steht zur Verfügung.

Zum Abkochen des Wassers sind fahrbare Trinkwasserbereiter, zur Ausführung von Desinfektionen fahrbare Desinfektionsapparate vorhanden. Ein solcher neuzeitlicher auf einem Kraftwagen montierter Desinfektionsapparat ist mit einer großen Feldwäschereianlage, gleichfalls auf Kraftwagen montiert, verbunden.

Gegen Roden ist das Heer durch die Impfung geschützt.

Wir dürfen hiernach mit Sicherheit darauf vertrauen, daß wir auch für den Kampf mit Seuchen auf das Beste gerüstet sind.

Vom österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz.

Grenzämpfe.

Budapest, 11. August. (W. Z. B.) Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Rächis setzten zwei Detachements des 61. Infanterie-Regiments unter Führung von drei Leutnants mit Mähnen über die Donau und warfen sich auf die dort befindlichen feindlichen Wächtposten.

Es entspann sich ein harter Kampf, wobei die Serben dreißig Tote und viele Verwundete zurückließen. Die Verluste auf unserer Seite betragen nur einen Toten und drei Verwundete.

Nachdem die Detachements, die sich durchweg aus Leuten zusammensetzten, die sich freiwillig gemeldet hatten, mehrere Telephonanlagen des Feindes zerstört und mit ziemlichem Erfolg Sprengungen von Brücken und Stegen vorgenommen hatten, kehrten sie in ihr Lager zurück.

Der Krieg und die Kolonien.

Der englische Einfall in Togo.

Ueber die Besetzung der Hauptstadt Logos, Lome, durch die Engländer schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

Die Besetzung von Lome, der Hauptstadt unseres Schutzgebietes Togo, durch eine aus der benachbarten Goldküste eingebrungene englische Truppenexpedition hat, wie wir hören, im Reichskolonialamt nicht im geringsten überrascht. Bei der geographisch außerordentlich schwierigen Lage der langgestreckten, schmalen, zwischen französisches und englisches Gebiet eingeklemmten Kolonie mußte mit einem derartigen Handstreich gerechnet werden. Wir müssen uns deshalb mit einer vorübergehenden englischen Verwaltung in unserer kleinen Küstenkolonie abfinden, und sind überzeugt, daß unsere zur Verteidigung aus natürlichen Gründen wirksamer vorbereiteten größeren afrikanischen Kolonien das Schicksal Logos nicht so leicht teilen dürften. Kamentlich unsere wackeren Soldaten, Militär- und Zivilbevölkerung, werden sich ihrer Haut zu wehren wissen. Wie es aber auch kommen mag, über das Schicksal unseres deutschen Kolonialbesitzes wird nicht draußen, sondern auf den Schlachtfeldern und in den Gewässern Europas endgültig entschieden werden. Diese Entscheidung können und wollen wir ruhigen Herzens abwarten.

Kriegsbekanntmachungen.

Eine Warnung vor falschen Gerüchten.

Berlin, 11. August. (W. Z. B.) Es ist natürlich, daß unser Volk in diesen Tagen der Spannung auf jedes Gerücht achtet. Durch Weitertragung pflegen sich Gerüchte zu vergrößern, mag es sich um Erfolge oder Mißerfolge unserer Waffen handeln. So laufen Gerüchte um, daß ganze Regimenter vernichtet seien, z. B. das Regiment Gardebukors. Dies wurde zu einer Zeit verbreitet, als das Regiment sich noch auf dem Transport befand und den Kriegsschauplatz noch gar nicht erreicht hatte. Auf der anderen Seite wurden unumögliche Erfolge verkündet, so die Einnahme von Belfort. Es hieß sogar, kaiserliche Kraftwagen hätten die Ortschaften durchfahren und diese Nachricht kundgegeben. Solche Gerüchte können der Phantasie entspringen sein, sie können aber auch von feindlicher Seite absichtlich verbreitet werden, um uns zu schaden. Denn auch ein vorgespiegelter Erfolg, wie der Fall von Belfort, kann Unheil anrichten, wenn sich die erwartete Hoffnung später als trügerisch erweist.

Mit wie niedrigen Mitteln unsere Gegner arbeiten, mag die Nachricht beweisen, daß wir England eine Teilung der Niederlande zur beiderseitigen Vergrößerung angeboten hätten, um Englands Neutralität zu erkaufen. Ueber solche Gemeinheiten wird ein höherer Richter entscheiden. Alle diese Nachrichten beweisen nur, daß wir eine gute, gerechte Sache verfolgen, und unsere Gegner das Gegenteil.

Unser opferwilliges Volk wird immer wieder aufgefordert, nur solchen Nachrichten über Kriegsergebnisse Glauben zu schenken, die der Generalstab veröffentlicht. Die meisten kennen den Krieg nur aus Erzählungen und Büchern. Auch dort spielt die Phantasie eine Rolle im guten wie im bösen Sinne. Die unendlichen Schwierigkeiten und Mühen, unter denen ein Erfolg in langer Zeit langsam heranreift und geerntet wird, kennen selbst nur wenige der Beteiligten. Wenn es Zeit ist, wird alles bekannt gegeben, aber nur so, daß wir dann nichts mehr zurückzunehmen, sondern nur noch manches erweiternd hinzuzufügen haben. Wir halten das Versprechen, keinen Mißerfolg zu verschweigen und keinen Erfolg zu vergrößern. Auch einen etwaigen Mißerfolg, mit dem unter den schwankenden Verhältnissen des Krieges immer gerechnet werden muß, wird unser starkes Volk ertragen, und ein Erfolg wird keine überschwenglichen Hoffnungen und keinen Uebermut erwecken, des sind wir gewiß.

Der Generalquartiermeister von Stein.

Soweit der Vertreter der Heeresleitung. Zu seinen Darlegungen sei bemerkt, daß auch noch auf andere Weise falsche Gerüchte entstehen können, ohne daß dabei Böswilligkeit und feindliche Nachenschaften im Spiele sind. Montagabend hatten z. B. Berliner Schulleute den Auftrag, den deutschen Erfolg bei Mülhausen möglichst schnell in der Stadt zu verbreiten. Veritene und Fußmannschaften eilten durch die Straßen und schrien die Nachricht aus. Sofort sammelten sich überall größere Menschenmassen an, die bei dem Lärm und der Aufregung den ganzen Vorlaut der Meldung, die von den ebenfalls erregten Schulleuten nicht gerade musterförmig verkündet wurde, nicht verstehen konnten. Nur einige Worte drangen an die Ohren der sich drängenden und hinzulaufenden Menge. Die besonders geläufigen und bekannnten Worte wurden aufgegriffen, so in erster Linie das Wort Belfort. Sofort wurde, bei dem meisten fast unbewußt, kombiniert: „Belfort genommen“, und dieser Ausgang dann von Mund zu Mund und eilte als Gerücht durch die Straßen.

Die Behörden könnten also auch manches tun, um falschen Gerüchten vorzubeugen, vor allem was die Verbreitungsart ihrer Nachrichten anbetrifft.

Eine Verfügung über Extrablätter und Zeitungsausgaben.

Berlin, 11. August. Die Zeitungen werden gebeten, nachfolgende Bekanntmachung zu veröffentlichen:

1. Als „Extrablätter“ dürfen lediglich solche Mitteilungen herausgegeben werden, welche sich auf die wörtliche Wiedergabe der Depeschen des W. Z. B. beschränken und die Ueberschrift „Extrablatt“ tragen. Andere Mitteilungen dürfen weder die Ueberschrift Extrablatt noch Extraausgabe oder ähnliche Bezeichnungen führen.

2. Den Zeitungen ist verboten, andere Ausgaben als die in Friedenszeiten erscheinenden herauszugeben, falls nicht allgemein oder im Einzelfalle von mir die Genehmigung erteilt wird. Die Herausgabe einer Morgenausgabe am Montag ist allgemein gestattet.

Berlin, den 11. August 1914.

Der Oberbefehlshaber in den Marken:
gez. v. Kessel, Generaloberst.

Presse und Kriegsnachrichten.

Berlin, 11. August. (W. Z. B.) Es liegt Veranlassung vor, erneut dringend darauf hinzuweisen, daß Veröffentlichungen über Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz erst dann durch die Presse verbreitet werden dürfen, wenn der Vorlaut der Wolffschen Depeschen vorliegt, und zwar nur in diesem Wortlaut. Wird dieser Grundsatz nicht streng befolgt, so ist böswillige Fälschung von weitesttragender Bedeutung möglich.

Noch immer törichte Automobiljagden.

Berlin, 11. August. (W. Z. B.) Trotz der von der obersten Heeresverwaltung seit mehreren Tagen dringend ausgesprochenen Forderung, dem Autoverkehr keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen, wiederholen sich immer noch derartige Mißgriffe, die die schwersten Folgen nach sich ziehen. Jeder, der den Automobilverkehr hindert, verurteilt sich am Heere.

Frankreichs Kriegserklärung gegen Oesterreich.

Paris, 11. August. (W. Z. B.) (Meldung der Agence Havas.) Infolge des insbesondere innerhalb der letzten drei Tage zwischen Paris und Wien gepflogenen Meinungs-austausches hat die französische Regierung auf Grund der internationalen Lage und mit Rücksicht auf die ungenügenden Erklärungen, die die österreichisch-ungarische Regierung betreffend die Entsendung österreichisch-ungarischer Truppen nach Deutschland gegeben hatte, dem österreichisch-ungarischen Botschafter heute vormittag mitgeteilt, daß sie sich genötigt sehe, den französischen Botschafter in Wien abzurufen. Der österreichisch-ungarische Botschafter hat darauf den Minister des Auswärtigen, ihm seine Pässe zuzustellen. Der Botschafter verließ Paris in einem nach Italien abgehenden Sonderzuge. Beim Abschied wurden die Formen der internationalen Höflichkeit gewahrt. Die Botschafter der Vereinigten Staaten in Paris und Wien haben den Schutz der österreichisch-ungarischen beziehungsweise der französischen Untertanen übernommen.

Die Besetzung Luxemburgs.

Wie seinerzeit amtlich bekanntgegeben wurde, hat sich Deutschland genötigt gesehen, zum Schutze der in deutscher Verwaltung befindlichen Eisenbahnen Luxemburgs und als Sicherheitsmaßregel gegen die Angriffe der Franzosen Teile des Luxemburger Landes zu besetzen. Die luxemburgische Regierung erließ darauf am Sonntag folgende Proclamation:

„Bereits gestern Abend war der Bahnhof Hilsingen von preussischem Militär vorübergehend besetzt und ein Teil des Bahngleises auf diesseitigem Gebiet aufgerissen worden. Herr Staatsminister Eschen legte sofort telegraphisch bei dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in Berlin Verwahrung ein. Heute

morgen hat die großherzogliche Regierung in Erfahrung gebracht, deutsche Offiziere und Soldaten seien auf Autos und Fahrrädern in das Land eingedrungen. In diesem Augenblicke werden Truppenzüge mit gepanzerten Eisenbahnwagen über die deutsche Eisenbahnstrecke in der Richtung Luxemburg gefahren. Herr Staatsminister Eschen hat sofort dem deutschen Gesandten v. Buch einen Protest überreichen lassen.

Die Großherzogin richtete folgendes Telegramm an den deutschen Kaiser:

„Das Großherzogtum wird in diesem Augenblick von deutschen Truppen besetzt. Meine Regierung hat sofort an zuständiger Stelle Protest eingelegt und Erklärungen der Gründe des Vorfalls gefordert. Ich bitte Ew. Majestät, diese Erklärungen zu beschleunigen und in jedem Falle die Rechte des Großherzogtums wahren zu wollen.“
Maria Adalheid.“

Nachmittags 6 Uhr erhielt der deutsche Gesandte in Luxemburg, Herr v. Buch, folgendes Telegramm des deutschen Reichskanzlers, das er sofort der luxemburgischen Regierung vorlegte:

„Unsere militärischen Maßnahmen in Luxemburg bedeuten keine feindselige Handlung gegen Luxemburg, sondern lediglich Maßnahmen zur Sicherung der in unserem Besitz befindlichen dortigen Eisenbahnen gegen einen Ueberfall der Franzosen. Luxemburg erhält für eventuellen Schaden volle Entschädigung. Bitte, dortige Regierung benachrichtigen.“
Bethmann Hollweg.“

Von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in Berlin, dem früheren deutschen Gesandten in Luxemburg, Herrn v. Jagow, hat Staatsminister Eschen auf telegraphischem Wege Aufschlüsse über die Gründe und den Zweck der Besetzung verlangt. Als Antwort lief Sonntagabend folgendes Telegramm aus Berlin ein:

Die militärischen Maßnahmen sind zu unserem größten Bedauern dadurch unvermeidlich geworden, daß wir zuverlässige Nachrichten haben, wonach französische Streitkräfte im Vormarsch auf Luxemburg sind. Wir mußten diese Maßnahmen zum Schutze unserer Armee und zur Sicherung der Eisenbahnen treffen. Ein feindlicher Akt gegen das befreundete Luxemburg ist von uns in keiner Weise beabsichtigt. Zu vorübergehender Verhinderung mit luxemburgischer Regierung war bei der drohenden Gefahr leider keine Zeit mehr. Die kaiserliche Regierung sichert Luxemburg vollen Schadenersatz für von uns verursachte Schäden zu.
gez. Jagow.

Der Stabschef, der die Besetzungsoperationen in der Hauptstadt leitete, wurde am Sonntag um 1/211 Uhr in das Kabinett des Staatsministers Eschen eingeführt, wo ihm eröffnet wurde, welche diplomatischen Schritte der Präsident der luxemburgischen Regierung unternommen hatte. Der Offizier erwiderte, er sei ausschließlich mit der Aufgabe betraut, die Stadt und die Umgebung Luxemburgs militärisch zu besetzen. In die Zivilverwaltung sich einzumischen, habe er keinen Auftrag. Der Eisenbahnverkehr werde aufrechterhalten werden.

Die Deutschen in Belgien.

Die ganze Presse durchdringt Enttäuschung über die Greuel, die angeblich von den Belgiern an den Deutschen, die sich bei Ausbruch des Krieges noch im Lande befanden, verübt wurden. Zweifellos sind, besonders in Brüssel, auch tatsächlich Ausschreitungen vorgekommen, die überaus läßlich, ja, gemein genannt werden müssen. Doch ist es gut, von gewissen Ueberschreitungen, die sich hier, und da bemerkbar gemacht haben, abzusehen.

Einer unserer Mitarbeiter, der erst in der Nacht vom 6. zum 7. August, mit dem letzten Zuge, der überhaupt Deutsche über die Grenze schaffte, aus Brüssel fortkam, hat uns eine lebendige Schilderung der Vorläufer gegeben, die folgendes Bild zeigt:

Es ist richtig, daß es in der Stadt, besonders in den Nordvierteln, zu schweren Ausschreitungen des Wüßens kam. Deutsche Lokale, wie „Espanade“ und „Krokolid“ wurden lachend demoliert; das „Hotel de Berlin“ wurde von einer aufgeregten Menge mit Steinen beworfen, weil es auch ein Schild mit der Aufschrift „Berliner Hof“ trug. Bürgergarbisten fanden hier und sahen zu, ohne einzugreifen. Deutsche Geschäftsinhaber wurden gezwungen, binnen weniger Stunden ihr Gut und Geschäft zu verlassen, ohne daß es ihnen möglich war, etwas von ihren Habseligkeiten zu retten. Ja, es kam vor, daß Frauen auf die Straße gejagt wurden, ohne daß sie sich nur fertig ankleiden konnten. An 400 Personen, die sich in der Hoffnung, einen Zug zu erreichen, in der Nacht zum Dienstag auf dem Bahnhof eingefunden hatten, wurden für 4 Stunden in Haft genommen. Ein Kellner mußte 1/2 Tage in Haft bleiben, weil man in seinem Koffer ein Dolchmesser gefunden hatte. Ein Deutscher wurde von einem Posten erschossen, weil er auf dreimaligen Anruf: „Hände hoch!“ nicht gehört hatte. Der arme Mensch verstand kein Wort Französisch und wußte deshalb gar nicht, was von ihm verlangt worden war. Allgemein erzählte man sich auch, daß Deutsche fälschlich als Spione verhaftet und erschossen worden wären. Vielesoch bewegte sich auch der Straßenpöbel an Deutschen; sie wurden angehalten, beschimpft und teilweise schwer mißhandelt. Das Gerücht, daß ein deutscher Regimentschef regelrecht massakriert worden sei, wurde von Leuten erzählt, die wenigstens erklärten, selber Augenzeugen gewesen zu sein. Eine weitere Gewähr für seine Wahrheit konnte unser Gewährsmann nicht geben. Was inzwischen manche deutsche Blätter über andere Greuel erzählt haben, ist wohl nicht voll aufrechtzuerhalten. Ein von einigen Organen als Opfer eines feigen Mordes hingestellter Deutscher fuhr sogar mit unserem Gewährsmann im gleichen Zuge über die Grenze. Die Aufregungen riefen bei mehreren Frauen Wahnsinnsanfälle hervor.

Es darf übrigens nicht verschwiegen werden, daß man auf der deutschen Seite auch nicht ganz schuldlos war. In Ostende, von wo unser Mitarbeiter nach Brüssel kam, hatte der deutsche Konsularbeamte einigemmaßen verjagt, so daß die Abreise zu spät erfolgte. Als der Ausbruch der Feindseligkeiten vor der Tür stand, hielt es ein Trupp deutscher Meereswachen, der vom Brüsseler Bahnhof aus nach der Heimat befördert werden sollte, für angebracht, laut und herausfordernd die „Wacht am Rhein“ und „Deutschland, Deutschland über alles“ zu singen, auch Rufe auszusprechen wie: „In drei Tagen sind wir wieder hier.“ Ein deutsches Geschäft steht in der erregten Zeit wie zum Hohn die deutsche Fahne heraus. Wenn Klagen laut wurden, daß Geschäftsinhaber ihre deutschen Angestellten so rigoros auf die Straße gesetzt hätten, so ist zu bemerken, daß auch die deutsche Firma Leonhard Tich in Antwerpen ihre Angestellten ohne Entschädigung Hals über Kopf vor die Tür setzte, dann ihre Waren der belgischen Regierung zur Verfügung stellte und sich so ihre Weiterexistenz erkaufte.

Endlich muß herbergehoben werden, daß es doch nur Ausnahmefälle waren, in denen deutsche Staatsangehörige wirklich mißhandelt wurden. Und dem steht gegenüber, daß die Bedrohungen doch auch vielfach bei den Belgiern Schutz und Entgegenkommen fanden.

Politische Uebersicht.

Der Bedarf an Erntearbeitern ist gedeckt.

Das Zentralbureau des Landwirtschaftsministeriums gibt folgendes bekannt: Die seit dem Beginn des Krieges vielfach herbeigedrehtene Befürchtung, es werde wegen der Einberufung eines großen Teiles der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu den Fahnen nicht gelingen, die Ernte bereinzubringen, darf jetzt als unbegründet bezeichnet werden. Nach den aus preussischen Provinzen vorliegenden Berichten ist der Bedarf an Erntearbeitern in den meisten Gebieten aus den beschäftigungslos gewordenen gewerblichen Arbeitern der Umgegend gedeckt worden. Es fehlt jetzt nur noch in wenigen östlichen Bezirken — hauptsächlich Ostpreußen — an landwirtschaftlichen Arbeitern. Mit der Beförderung von Arbeitern nach dem Osten ist begonnen worden. Da Arbeitskräfte reichlich zur Verfügung stehen, wird die Nachfrage in kurzer Zeit überall befriedigt werden können.

Die „Kreuzzeitung“ und die Erntehilfe der Gewerkschaften.

„Die Ernte ist in Gefahr! Helft alle, die Ihr helfen könnt, damit das Korn herein kommt!“ Als dieser Ruf erging, zögerte auch die organisierte Arbeiterschaft nicht, sich zur Verfügung zu stellen. Die freien Gewerkschaften sandten ihre Sekretäre zu der Konferenz im Reichskammi des Innern und nahmen es auf sich, aus der Zahl der Industriearbeiter genügend Kräfte für die Vergütung der Ernte herbeizuschaffen und die Vermittlung dieser Kräfte zu organisieren. Mit dem Erfolg, daß jetzt schon verkündet werden kann: Die Einbringung der Ernte scheint gesichert.

In diesem Augenblicke hält es die „Kreuzzeitung“ für angemessen, den Gewerkschaften in den Städten zu folgen und ihr im besten Sinne nationales Verhalten in eifriger Weise zu bejeheln. Sie schreibt:

Ein Montagsblatt hatte es als besonderen Patriotismus verherrlicht, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften sich jetzt zur Uebernahme von Landarbeit bereit erklärt haben. Dazu erhalten wir folgende Zuschrift:

Die freien Gewerkschaften sammeln nicht — wie das Blatt weismachen sucht — feurige Kohlen auf die Hüften der Agrarier, indem sie sich zu bezahlten Hilfen bei der Ernte anbieten, sondern sie bitten damit jetzt bei ihren verhafteten Gegnern um Brot, nachdem sie fahnenflüchtig vom Lande in die Großstadt zur Industrie desertiert waren und nun bei der Industrie kein Brot mehr finden. Durch das Wankende, welches das Blatt dieser nicht von Neuem diktiertem Noträdle umzuhängen sucht, läßt sich kein selbständig Denkender täuschen. Ob das Blatt wohl den Mut hat, dieses Urteil ihren Lesern mitzutheilen?

Es hies diesem erbärmlichen Ausfall zu viel Ehre antun, wollte man sich darüber auf lange Diskussionen einlassen. Aber wir möchten doch einmal die Gesichter des Herrn Lenz und seiner „Kreuzzeitungs“-Freunde sehen, wenn die Gewerkschaften es jetzt ablehnten, ihre organisierten Arbeiter bei den verhafteten Gegnern um Brot bitten zu lassen oder wenn sie sich überhaupt geweigert hätten, die „von Neuem diktierte Noträdle“ zu organisieren. Aus der Verantwortlichkeit des Junkerblattes spricht nur, jedem „selbständig Denkenden“ deutlich genug vernehmbar, die ganze Wut der Agrarier darüber, daß die Gewerkschaften der strupelosen Ausbeutung der vermittelten Arbeitskräfte einen Nigkel vorgezogen haben. Die guten Patrioten vom Schlage der „Kreuzzeitung“ hatten es sich so schön gedacht: Zur Hälfte „freiwillige“ Hilfskräfte, die keinen Heller kosten, und zur andern Hälfte Leute, die bereit gewesen wären, für ein Stück trocken Brot zu schuften und sich ohnedem noch schaukelnd jegliche Mißhandlung gefallen zu lassen. Dann hätte man die Ernte billiger heringebracht als je zuvor, — um sie bei den „teuren Kriegszeiten“ mit ganz ungeahntem Profit zu verkaufen. Diese Spekulation ist durch das tätige Eingreifen der Gewerkschaften vereitelt worden — ein Beweis nebenbei, welcher Unfinn in den Redensarten von dem „Witten um Brot“, der „rehabilitierten Rädle“ usw. liegt. Deshalb nun die Wut der Lenz und Genossen, — besonders patriotisch und angemessen in einer Zeit, in der Kaiser Wilhelm seine Anhänger zur Einseitigkeit und Brüderlichkeit gemahnt hat.

Kriegsfürsorge der Reichspostverwaltung.

Die Familien der zum Meeressdienst einberufenen Arbeiter der Reichspost- und Telegraphenverwaltung werden bis auf weiteres erhalten: a) die Ehefrau je nach Bedarf bis zu 25 Proz. des Lohnes ihres Mannes; b) jedes Kind unter 15 Jahren bis zu 6 Proz. des Lohnes. Im ganzen soll eine Familie aber nicht mehr als die Hälfte des Lohnes beziehen.

Genosse Weill schwer erkrankt?

Unser Genosse Dr. Georg Weill, der Vertreter von Metz im Reichstage, ist schwer erkrankt. Genosse Weill befand sich in den kritischen Tagen des Kriegsausbruchs in Paris und sah am selben Tische mit Jaures, als dieser ermordet wurde. Jetzt wird der „Kreuzzeitung“ gemeldet, daß Genosse Weill in Trübsinn verfallen ist und in einer Pariser Nervenklinik Aufnahme gefunden hat. Wir hoffen, daß Genosse Weill die schwere Krankheit überwinden und baldige Genesung finden wird.

Kriegsgerichte.

Auf Grund des Gesetzes vom 4. Juni 1881 über den Belagerungszustand können in Kriegszeiten eine Reihe von Straftaten, welche sonst der bürgerlichen Gerichtsbarkeit unterstehen, neugebildeten Kriegsgerichten zur Aburteilung überwiesen werden. Von dieser Verfügung ist in Bezirken mit Festungen teilweise Gebrauch gemacht. Dort haben dann neben dem Vorsitzenden und zwei bürgerlichen Richtern auch zwei Offiziere mit dem Urteil zu fällen. Einige Arbeiter wurden dieser Tage von dem Kriegsgericht in Düsseldorf abgeurteilt. Ihr Vergehen bestand darin, daß der eine in einer Wirtschaft der Stadt die Republik hatte hochleben lassen, während der zweite geäußert hatte, das Volk werde als Kanonenfutter gebraucht, und der dritte abschällige Bemerkungen über seinen Arbeitgeber gemacht hatte. Ueber jeden der drei Angeklagten wurde eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten verhängt.

Noch ein Gewerkschaftshaus als Lazarett.

Auch das Frankfurter Gewerkschaftshaus hat (wie schon das Dresdener) der Intendantur des 18. Armee-Korps seine sämtlichen verfügbaren Restaurations- und Schlafräume für Lazarettzwecke zur Verfügung gestellt. Das Gewerkschaftshaus hat gegenwärtig 121 verfügbare Betten. In den übrigen Räumen lassen sich bequem noch 300 Betten aufstellen, so daß etwa 420 Verwundete untergebracht werden können. Sobald die Intendantur von dem Anerbieten Gebrauch macht, wird der Wirtschaftsbetrieb verlegt werden.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ beschlagnahmt.

Dem Organ der deutschen Banzenplattenfabrikanten ist ein Malheur passiert. Nach einem Telegramm aus Essen wurde die Sonntagsausgabe der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wegen eines darin enthaltenen Artikels mit verbotenen Angaben über Truppenbewegungen behördlich beschlagnahmt. — Wie hätte das Scherzmagazin alle Register der Entrüstung gezogen, wenn das gleiche Malheur einem sozialdemokratischen Blatte passiert wäre.

Der wahre Grund des Krieges.

Der Bauernbündlerische Agitator und Abgeordneter Körner in Württemberg hat endlich den wahren Grund des Krieges entdeckt. In den von ihm herausgegebenen „Grünen Feste“ schreibt er:

„Ein altes Sprichwort sagt: Wer nicht hören will, muß fühlen.“ Dies gilt nicht nur für die einzelnen Menschen, nein, auch für ganze Völker und Nationen. Auch bei uns wollten Hunderttausende nicht mehr auf die Stimme Gottes hören, man vergöttert sich selbst und die Menschheit, hält sich für so klug, daß man nichts mehr von Gott wissen will und meint, mit großen Taten und Worten sei alles getan. Wenn dann die Schicksalsstunde kommt, wenn die Windsaat aufgeht, und die Sturmarme herannahen, dann ist es meistens zu spät.“

Also Deutschlands Feinde sind nach diesem Patrioten eigentlich die Auserwählten Gottes, um unser Volk zu züchtigen. Das widerpricht ziemlich stark dem, was sonst die guten Patrioten in diesen Tagen haben verlauten lassen; aber Herr Körner wird es vielleicht besser wissen.

Aus Industrie und Handel.

Ausfuhrverbot für Schuhwerk.

Das Verbot der Ausfuhr von Gegenständen des Kriegsbedarfes ist dahin ergänzt worden, daß auch Schuhe und Stiefel aller Art im Gewicht von mehr als 600 Gramm das Paar, mit Ausnahme solcher für Frauen und Kinder, unter das Verbot fallen.

Preisrückgang für Getreide.

Der starke Preisrückgang für Getreide an der Berliner Börse ist ein scharfer Sturz gefolgt. Am Montag bereits wurde ziemlich reichlich Getreide angeboten, da die Erntearbeiten trotz der Robilmachung flott von statten gehen. Das Angebot war auch durch den Mangel an Transportmitteln vorübergehend vom Markte ferngehalten worden, kam aber jetzt desto stärker heraus, so daß die Getreidehändler es nicht aufnehmen konnten. Vielmehr trat am Montag ein Preisrückgang für Weizen, Roggen und Hafer um etwa 10 M. pro Tonne gegenüber den Preisen vom Sonnabend ein. Dieser bereits am Samstag beobachtete Preisrückgang nahm an der Witterungsbörse noch einen größeren Umfang an, so daß der Preis für Weizen bis auf 215 M. fiel gegen 236—240 M. am Freitag. Roggen wurde schon für 190 M. angeboten gegen 208 M. Hafer fiel sogar bis auf 200 M., also um 40—50 M.

Am Dienstag erfolgten weitere Preisrückgänge. Weizen ist mit 210 M. notiert worden, Roggen mit 182 M., Hafer mit 195—190 M.

Goldausfuhr und Diskontenerhöhung.

Die plötzliche Zinserhöhung der Bank von England von 4 Proz. auf 8 Proz. und von 8 Proz. auf 10 Proz. ist durch einen außerordentlich scharfen Angriff des Auslandes auf ihre Goldbestände veranlaßt worden. In der letzten Juliwoche war in London über 20 Millionen Mark Barrengold eingetroffen, wovon jedoch nur ein kleiner Teil in die Bank von England floß, während der größere Teil für Pariser Rechnung gekauft wurde. Außerdem floßen noch einige größere Beträge Gold aus Südamerika und den Vereinigten Staaten in die Bank von England. Weit größer waren jedoch die Mengen, die in der letzten Woche der Bank entzogen worden sind. Allein 0,28 Millionen Pfund Sterling wurden für Indien gebraucht, 0,001 Millionen Pfund Sterling für Belgien, 0,105 Millionen Pfund Sterling für Ägypten. Die größten Ansprüche stellen jedoch wiederum Frankreich an die Bank von England, der für Paris 0,402 Millionen Pfund Sterling entzogen wurden. Auch für den übrigen Kontinent wurden 0,275 Millionen Pfund Sterling beansprucht. Diese starken Goldentnahmen aus der Bank von England überstiegen die Eingänge um 0,82 Millionen Pfund Sterling oder um etwa 18 Millionen Mark. Der Goldhunger des Kontinents konnte die Bank von England noch mehr beunruhigen, weil Frankreich auch aus den Vereinigten Staaten große Mengen Goldes an sich zog. Die Goldverschiffungen von New York nach Frankreich haben jetzt seit Jahresanfang die Höhe von 17 Millionen Pfund Sterling oder von 340 Millionen Mark erreicht.

In den letzten Tagen soll der alarmierende Diskontsatz von 10 Prozent wieder verlassen und bis auf 8 Prozent erniedrigt worden sein, wofür jedoch keine Bestätigung vorliegt.

Erhöhung der Kohlenpreise.

Das Kohlen Syndikat teilt den Verbrauchern mit, daß es für seine Abfälle die Kriegsmanufaktur geltend mache; im Hinblick auf die Fördererschwierigkeiten werden für neue Abfälle bereits höhere Preise gefordert.

Letzte Nachrichten.

Unterdrücktes Parteiblatt.

Reichenbach, 11. August. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Auf behördliche Veranlassung hat unser Parteiblatt in Reichenbach in Böhmen, der „Vorwärts“, sein Erscheinen einstellen müssen.

Kavallerieplänkelein an der österreich-russischen Grenze.

Wien, 11. August. (B. L. B.) Im Süden ist nichts Besonderes vorgefallen, es kam nur zu unbedeutenden Grenzscharmühen. Im Norden versuchten russische Kavalleriepatrouillen östlich der Weichsel gegen den San vorzugehen, wurden aber überall zurückgewiesen. Gegen Brody versuchten die Russen mit drei Eskadronen und Maschinengewehren vorzugehen; sie wurden über die Grenze zurückgeworfen.

Abzug der Russen aus Warschau?

Warschau, 11. August. „Kowa Reforma“ veröffentlicht einen Artikel aus Warschau, in dem es heißt: Wie es heute in Warschau aussieht, kann sich niemand vorstellen; die Russen sind fort. Es klingt wie ein Traum. Nach vor einigen Tagen erhielt man, wenn jemand dies anzudeuten wagte, allgemein die Antwort: Wahnsinn! Phantasie! Und doch sind die Russen heute fort, einfach geflüchtet, nach solchen Mengen vergossenen Blutes, nach fünfzig Jahren schrecklichster Grausamkeiten. Noch in den letzten Tagen wurden Nacht für Nacht neun oder mehr Anglistische gehängt und die Hüftlinge in den Zellen gefoltert.

Vor einigen Wochen noch hatten wir eine förmliche Jagd auf die Schuljugend, die akademische Jugend, die Pfadfinder und die Schützen. Heute ist dies alles vorbei. Es gibt keine Beamten mehr, welche die Aufgabe haben, Banditen zu organisieren. Heute kann man endlich sich auf die Straße hinauswagen. Jetzt können der einzelne und alle zusammen die Larve abwerfen und ein jeder kann zeigen, wer und was er ist.

Unterkunft boten den Deutschen das „Katholische Vereinshaus“, die „Deutsche Bank“ und vor allem ein Gebäude gegenüber dem bereits geschlossenen deutschen Konsulat, das einer Bank gehörte, in deren Direktorium auch ein Deutscher saß. Hier hatte der deutsche Vorkaufsführer Gläser im Verein mit einem Komitee zunächst eine leerstehende Etage zur Aufnahme der Deutschen belegt. Das Haus stand unter dem Schutze des amerikanischen Vorkaufsführers und wurde von den belgischen Behörden bewacht. Unter irgendwelchen Ausschreitungen des Pöbels hatte es nicht zu leiden. — Schon am Dienstag drängten sich nun in den 4 Zimmern jener Etage, auf den Treppen und im Hof an 800 Menschen; sie schliefen auf dem kranken, mit Zeitungspapier belegten Boden; viele mußten stehen, da einfach kein Platz mehr zum Niederlegen war. Das wurde in den folgenden Nächten noch schlimmer, da immer neue Flüchtlinge ankamen, so daß schließlich anderthalb tausend Menschen versammelt waren; es half auch nicht viel, daß nun noch eine zweite, gerade leerstehende Etage ohne lange zu fragen dazu genommen wurde. Es war eine entsetzliche Lage — alles dicht gedrängt, nebeneinander viele Stunden lang Männer, Frauen und schreiende Kinder. Die Luft war zum Ersticken. Erst am Donnerstagabend schlug die Stunde der Erlösung. Unter Beileit der Bürgergarde wurden die Versammelten in einzelnen Zügen zum „Cirque Royal“ gebracht, wo sich auch die Deutschen aus dem „Katholischen Vereinshaus“ und der „Deutschen Bank“ eingefunden hatten, und um 8 Uhr nachts fand der Transport zum Bahnhof statt, von wo 8 Uhr früh die Züge nach Holland abgingen.

Die innere Organisation der geschützten Flüchtlingskolonie war das Werk von Deutschen, die dabei — besonders der schon genannte Konsulatssekretär Gläser und der Kunstmalers Gärtnert — außerordentliche Aufopferungskraft bewiesen. Über belgische Behörden wie Privatleute zeigten sich doch dabei vielfach hilfreich und zuvorkommend. Die Richter der öffentlichen Fuhrwerke stellten sich den verfolgten Deutschen jederzeit zur Verfügung. Kaum einer tat soviel für die versammelten Flüchtlinge, wie ein Belgier namens Banderwege, der Portier in dem von dem Konsulatssekretär belegten Hause; er war unermüdet, um Einkäufe zu machen und alle Wünsche der Flüchtigen zu erfüllen. Die das Haus bewachenden Bürgergardisten verhielten sich durchaus angemessen. Als zwei höhere Polizeibeamte kamen, um die Räume zu inspizieren, waren sie wirklich ergriffen und beeilte sich, die Ueberfeldung nach dem geräumigen „Cirque Royal“ anzuordnen. Die umfassendsten Maßnahmen wurden getroffen, damit diese Ueberfeldung ungehindert stattfinden konnte. Alle Straßen waren abgesperrt, 100 Mann Bürgergarde geleiteten jeden Zug. In dem Zirkusbau, das eine Abteilung Wasserwerkstätten zur Unterkunft diente, wurde von diesem in geradezu rührender Weise für die erschöpften Frauen und Kinder gesorgt. Man holte ihnen Milch und teilte die Portionen mit ihnen. Auch auf dem Transport nach dem Bahnhof in der Nacht hatten die Flüchtigen über nichts zu klagen.

Es handelte sich eben doch nur um Ausschreitungen eines gewissen Teiles der Brüsseler Bevölkerung, der über die vom Reichstagler selbst ja offen zugegebenen Verletzung der Neutralität Belgiens durch Deutschland aufs höchste erregt war und dieser Erregung in höchster Weise Ausdruck gab.

Die Wehrkraft der Bevölkerung, gewiß auch aufs äußerste erdittert, hielt sich überdies doch zurück. Und der „Peuple“, das sozialistische Organ der belgischen Arbeiter, nahm auf schärfste Stellung gegen die erfolgten Ausschreitungen, — wie natürlich alle denkenden Arbeiter über die Vorgänge in Belgien entrüstet sein werden.

Die Deutschen in England.

Im Unterschied von anderen Völkern scheinen die Engländer den Ausländern gegenüber, die sich bei Beginn der Feindseligkeiten in ihrem Lande befanden, eine fast musterartige Haltung eingenommen zu haben. In der „W. J. am Mittag“ berichtet Gustaf Kauber, eben aus England zurückgekehrt:

„Den Deutschen ist nichts geschehen. Ein paar Kinder deutscher Eltern in Londoner Vororten wurden wohl von Woffenjungen mit Steinen bedorren, aber ich war selbst dabei, als auf einem Omnibusdach zwei Deutsche von einem Betrunknen angerempelt und beschimpft wurden; zwei englische Herren wischten sich sogleich ein, wiesen den Trunkenbold in der schärfsten Weise zurück und entschuldigten sich bei den Deutschen!“

Dabei mußten nach Berichten, die in den „Stettiner R. Nachrichten“, der „Tägl. Rundschau“ und in anderen Blättern wieder gegeben werden, auch in England die Deutschen vielfach eine herausfordernde Haltung eingenommen haben.

„Die Begeisterung“, heißt es da z. B. bei der Schilderung einer Bahnfahrt, „ließ sich selbst im Herzen Londons nicht mehr eindämmen, alles rief „Hurra“ oder sang den erhabenen englischen Zusauern draußend das „Schuh- und Zeuglied“ Deutschland, Deutschland über alles“ vor. Die Begeisterung der zahlreichen Reichsdeutschen erreichte ihren Siedepunkt, als endlich am 1. August, abends gegen 8 Uhr, auf dem General-Konsulat die Nachricht „Krieg mobil“ bekannt gegeben wurde. Etwa 500 deutsche Jünglinge waren nicht mehr zu halten. Sie entfalteten kleine deutsche Flaggen und zogen singend durch die Hauptstraßen. Kein Wob (Schumann) konnte etwas dagegen ausrichten.

Der Furor teutonius hatte alle mitfam gepackt, alle schauten geradeaus dem Kampf ins Angesicht. Und dieser schöne Geist setzte sich in Queensborough, wo wir den holländischen Panzer bestiegen, sofort in eine spontane Neuerung des Patriotismus um. Wir Wehrpflichtigen versammelten uns im Vorderstift und stimmten mit Begeisterung die „Wacht am Rhein“ und „Deutschland, Deutschland über alles“ an, dem wir ein Hoch auf den Kaiser folgen ließen.

Die Engländer ließen sich alle diese Kundgebungen gefallen, ohne irgendwie Gegenhandgebungen zu veranstalten oder gar tätlich zu werden. Ja, mehr noch: sie bekundeten ein Verständnis für die nationale Begeisterung der abfahrenden Deutschen und eine Höflichkeit, die wohl in der Welt ihres Gleichen sucht. Dann in dem erwähnten Bericht heißt es weiter:

„Die Engländer am Kai konnten sich der Würde der Stunde nicht verschließen, sie zogen die Mähen und winkten.“

Kein Wunder, daß der Krieg so wenig einen Kampf der Wendung ausgelöst wie in England. Ja, es scheint, daß ein recht erheblicher Teil der Engländer geradezu gegen den Krieg wirkt. Von verschiedenen Flugblättern, die gegen den Krieg gerichtet waren, wurde berichtet.

Diese Stimmung breiter Volksschichten hat den Kampf mit Deutschland nicht verhindern können. Aber die deutschfreundlichen Kundgebungen lassen doch ein tiefes Hoffen zu, daß es gerade hier vielleicht möglich sein wird, in nicht allzuferner Zeit wieder zu einer Verständigung zu kommen.

Aufruf an die Arbeiterjugend.

Die „Arbeiter-Jugend“, das Organ des jungen Proletariats, bringt in ihrer neuesten Nummer folgenden Aufruf:

Jugendgenossen und -genossinnen!

Eine furchtbare Zeit ist über das deutsche Volk und damit über die deutsche Arbeiterklasse hereingebrochen. Seit Jahrzehnten, seitdem die Sozialdemokratie die Volksmassen zur Herbeiführung einer Gesellschaft der Gerechtigkeit und der allgemeinen Wohlfahrt zu sammeln begann, hat sie als unumgängliche Voraussetzung aller Kultur und alles Fortschrittes den Völkern Frieden verkündigt.

In unzähligen Reden und Schriften ist von unseren Vorkämpfern insbesondere die ungeheure Gefahr bekämpft worden, die in der steigenden Kriegsrüstung der Regierung liegt. Vergeblich!

Jetzt ist es nicht an der Zeit, über den Krieg Worte zu machen. An die Stelle der Ermahnungen und Beschwörungen sind die harten Tatsachen getreten. Unsere junge Generation erhält über das, was hier so oft in Wort und Bild verkündigt wurde, einen Anschauungsunterricht, dessen furchtbare Lehren sich jedem Bewußtsein unvertilgbar einbrennen werden.

Jugendgenossen und -genossinnen! Auch von unseren eigenen Kameraden, von den Anhängern unserer Jugendbewegung, den Lesern der „Arbeiter-Jugend“, von den Leitern unserer Bildungsveranstaltungen und Wanderungen sind Tausende unter die Waffen gerufen worden.

Den Jugendgenossen als Soldaten gilt unser Gedanken!

Dah sie wohlbehalten in unsere Mitte zurückkehren mögen, ist unser heißester Wunsch. Und wir hoffen zuversichtlich, daß sie im Feld die Erziehung zur Menschlichkeit und Menschenwürde, die ihnen unsere Jugendbewegung gegeben hat, nicht verleugnen werden.

Unsere zurückbleibenden Kameraden aber und den Mädchen rufen wir zu: Seid hilfreich, furchtlos und treu! Haltet die Ideale, die Euch die proletarische Jugendbewegung vermittelt hat, fest in Eurem Sinn und in Eurem Herzen umschlossen! Ihr seid der Fels, Ihr die Hoffnung und die Zukunft der Arbeiterklasse. Die Völkerverehrung und des Völkerglücks sollt Ihr durch Not und Grauen in die Zukunft tragen, auf daß die Hochziele, die Eure Väter und Brüder in hartem Geisteskampf errungen haben, nicht verloren gehen, sondern als sicherer Besitz des jungen Arbeitergeschlechts in hellere Tage hinübergerettet werden.

Haltet untereinander treue Kameradschaft und Solidarität, wie Ihr es in der freien Jugendbewegung gelernt habt! Nach wie vor werden Euch die Pforten unserer Jugendbeiräte offen stehen, damit Ihr eine Stätte der kameradschaftlichen Sammlung habt.

Wer von Euch arbeitslos und von anderen Verpflichtungen frei ist, soll sich unterwürdig bei den von den Gewerkschaften eingerichteten Stellen

zur Einbringung der deutschen Ernte

melden und sich zu Diensten der werktätigen Menschenliebe den Samariterabteilungen anschließen.

Die „Arbeiter-Jugend“ wird weiter erscheinen und Euch auch fernerhin die Wege zur Erkenntnis und zu freiem, aufrechtem Menschsein führen.

Und nun haltet den Kopf hoch und die Herzen tapfer, all Ihr Arbeiterjugenden und Arbeitermädchen, bis daß der Tag kommt, an dem auch die proletarische Jugend wieder ihr Recht auf Frohsinn und Sonne beanspruchen kann.

Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands.

Kranken- und Wöchnerinnenhilfe durch die Genossinnen.

Die Kranken- und Wöchnerinnenhilfe, die ein Arbeitsgebiet in der proletarischen Hilfsaktion darstellt, ist gedacht als Pflege Kranker und Wöchnerinnen, als Hebammen- und Arzthilfe (soweit die Kräfte der freiwilligen Helferinnen reichen), als Leistung der notwendigsten Hausarbeit und als Vereitung der Krankenspeisen, soweit deren Lieferung nicht durch private oder kommunale Hilfe erfolgt. Auch werden die notwendigen Beforgungen gemacht, um für die Erkrankten die Ansprüche auf die gesetzlichen und die freiwilligen Unterstützungen zu stellen und zu befürworten.

Alle Hilfsuchenden wollen sich melden in der Zeit von 9 bis 7 Uhr bei:

Frau Luise Kähler, Engelauer 21 III
Bureau der Hausangestellten (Teleph.: Amt Moritzplatz 298).

Unfallversicherung und der Krieg.

Das Reichsversicherungsamt hat mit den Vertretern der Berufsgenossenschaften sich über eine Reihe durch die Kriegslage notwendigen Maßnahmen verständigt, von denen wir folgende hervorheben:

Die Herabsetzung und Aufhebung von Renten ist, abgesehen von besonderen Einzelfällen, auf die Dauer von zunächst drei Monaten zu unterlassen. Einspruchsbescheide über die Herabsetzung oder Aufhebung von Renten sind mit der Erklärung zurückzunehmen, daß die Genossenschaft sich vorbehält, ihre Rechte aus der bisher eingetretenen Veränderung der Verhältnisse zu geeigneter Zeit geltend zu machen. Von Kapitalabfindungen an Verletzte ist bis auf weiteres abzusehen. Die Zahlung von Verletztenrenten der im Felde stehenden Rentenempfänger zu Händen der Angehörigen ist nach Möglichkeit zu erleichtern. Zu diesem Zweck werden sich die Genossenschaften mit einer möglichst vereinfachten Form der Lebensbescheinigung und Auszahlungsbevollmächtigung der Post gegenüber einverstanden erklären.

Nochmals zum Mietsrecht.

Die verwickelten Rechtsverhältnisse beim Mietsrecht der Ehefrau eines zum Heer Einberufenen lassen begreiflicherweise bei der großen Notlage die Träger nicht zur Ruhe kommen. Wir gehen deshalb auf einen Punkt noch einmal ein. Gestern hatten wir dargelegt: Hat die Ehefrau den Mietvertrag gar nicht unterschrieben oder nur als Bürge, so ist eine Klage gegen sie ebenso unzulässig wie eine Verantw. Redakt.: Alfred Wiese, Neufuß. Inseratenteil veranlt.

solche gegen ihren Mann. Hat aber die Ehefrau gütlich als Mieterin mitverantwortet, so ist „an sich eine Klage auf Mietzahlung eventuell Ermission zulässig.“ Aus diesen Worten ist geschlossen, die Ehefrau könnte eventuell ermittelt werden. Diese Schlussfolgerung ist irrig. Das Urteil kann nur auf Zahlung lauten. Denn die Ehefrau bemittelt, auch wenn sie als Mieterin zu erachten ist, die Wohnung auch auf Grund des Rechts des Ehemanns. Sie hat als Ehefrau das Recht, die Wohnung des Mannes zu teilen. Da gegen den Mann ein Urteil auf Räumung nicht ergehen darf, kann auch die Frau nicht ermittelt werden. Zur Zahlung ist sie freilich verpflichtet. Indes kann die im Vertrag eventuell angedrohte Ermission aus dem angeführten Grunde nicht durchgesetzt werden.

Gewerkschaftliches.

Wirtschaftliche Folgen des Krieges.

Die Arbeitslosigkeit, die vor dem Ausbruch des Krieges bereits etwas nachgelassen hatte, nimmt jetzt einen großen Umfang an. Ganz besonders hat wieder die Holzindustrie unter diesem Leibel zu leiden. In der vorigen Woche war schon davon die Rede, daß die Zahl der arbeitslosen Holzarbeiter in Berlin auf 9000 angewachsen war. Zugewachsen sind noch mehr Arbeitskräfte brotlos geworden. Am letzten Sonntag wurden auf den beiden Arbeitsnachweisen für die Holzarbeiter Berlins (dem paritätischen und dem des Verbandes) 12 000 Arbeitslose festgestellt. Bis jetzt dürfte die Zahl der Arbeitslosen auf 14 000 gestiegen sein, und es ist nicht abzusehen, wie weit sie sich noch ferner ausdehnen wird. Die Möbelindustrie liegt völlig darnieder. Auch in den anderen Zweigen des Holzgewerbes schmilzt die Arbeitsgelegenheit immer mehr zusammen, so daß an eine Minderung der Arbeitslosigkeit einstweilen nicht zu denken ist. Selbst in der Stellmacherei, die gegenwärtig stark beschäftigt ist, sind noch 240 Arbeitslose vorhanden. Von den Berliner Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes sind rund 3000 zum Militär einberufen, 1500 bis 2000 sind krank gemeldet, es ist also nur noch der kleinere Teil der Verbandsmitglieder, der in Arbeit steht.

Angesichts der drückenden Notlage haben manche Arbeitslose Armenunterstützung nachgesucht. Die zuständigen Armenvorsteher verlangen in solchen Fällen eine Bescheinigung vom Arbeitsnachweis, daß der Betreffende keine Arbeit bekommen kann. Wir meinen, von dieser Formalität könnte wohl abgesehen werden, denn es kann wohl ohne weiteres angenommen werden, daß jemand, der jetzt arbeitslos ist, sobald keine Arbeit wieder bekommen kann.

Bei dieser Gelegenheit muß erneut hingewiesen werden auf die moralische Pflicht des Staates und der Gemeinden, die Arbeitslosen zu unterstützen. Die Familien, deren Ernährer jetzt keine Arbeit finden können, weil die Geschäfte infolge des Krieges darniederliegen, befinden sich ohne ihre Schuld in der gleichen Notlage, wie die Familien, deren Ernährer in den Krieg ziehen mußten. Die moralische Unterstützungspflicht von Staat und Gemeinde ist also in beiden Fällen gegeben und sollte nicht unerfüllt bleiben. — Vielleicht ließe es sich auch machen, daß in den noch vollbeschäftigten Industriezweigen ein Teil der arbeitslosen Holzarbeiter eingestellt werden könnte.

Unbedingt zu verurteilen ist, daß einige Unternehmer der Holzindustrie die jetzige Notlage insofern ausnützen, als sie die tarifmäßigen Löhne willkürlich herabsetzen. Der Arbeitgeberverband untertützt zwar in allen derartigen Fällen das Verlangen des Holzarbeiterverbandes, die vertragmäßigen Löhne zu zahlen, aber es gibt auffällige Unternehmer, die sich ihrer eigenen Organisation nicht fügen. So haben also auch die noch beschäftigten Arbeiter unter der Not der Zeit zu leiden.

Vom Brauereiarbeiterverband wird bekämpft, daß in einigen Orten vier fünfstel seiner Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen wurden und in kleineren Orten kein gelernter Brauer mehr an der Arbeitsstelle verblieb. Um die Arbeitsvermittlung zu regeln, hat der Brauereiarbeiterverband mit dem Unternehmerverband verhandelt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist, daß der deutsche Brauerbund einen Aufruf erläßt, in dem aufgefordert wird, zunächst Entlassungen so weit als irgend möglich zu vermeiden. Etwas frei werdende, nicht militärpflichtige Brauereiarbeiter sollen dann sofort dorthin geleitet werden, wo Mangel an Arbeitskräften herrscht. Der paritätische Arbeitsnachweis für das Braugewerbe in Berlin C., Kuderstraße 9, tritt zu diesem Zwecke als Zentralvermittlungsstelle in Tätigkeit. Alle Mitteilungen über Bedarf oder Ueberfluß von Arbeitskräften an den einzelnen Orten sind nach dorthin zu richten, soweit die Arbeitsvermittlung am Ort nicht geregelt werden kann. Die notwendigen Vorbereitungen für schnellste Vermittlung werden schleunigst getroffen. Zu hoffen ist, daß die Unternehmer dem Aufruf des Bundesverbandes willig Folge leisten.

Auch das Friseurgewerbe leidet an starker Beschäftigungslosigkeit während der Kriegszeit. Nur wenige der einberufenen Meister können ihren Betrieb aufrecht erhalten. Während früher jeder Barbier in der niederen Chirurgie bewandert war und in Kriegzeiten deshalb gute Verwendung finden konnte, ist im Laufe der Zeit den Barbieren diese Tätigkeit unterbunden worden. Nur in Bayern wird sie von den approbierten Barbieren noch ausgeübt.

Das Friseurgewerbe ist schon in normalen Zeiten von Arbeitskräften überfüllt. Da in ihm viele jugendliche und selbstständigtaugliche Personen beschäftigt sind, ist die Arbeitslosigkeit unter den Gehilfen jetzt außerordentlich groß. Am schlimmsten macht sie sich aber unter den organisierten Gehilfen bemerkbar. Selbst in den Fällen, wo noch Bedarf an Aushilfskräften für Sonnabend und Sonntag vorhanden ist, wird der Arbeitsnachweis der Organisation übergeben, um der tariflich vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen entgegen zu sein. Die Vermittlung von Winkelnachweisen ist gegenwärtig total unmöglich, da es den organisierten Gehilfen unter den obwaltenden Umständen klar ist, daß sie sich jetzt nicht auf ihren Tarifvertrag verlassen können. Es kann sich für sie nur darum handeln, Verdienst zu finden. Der Friseurgehilfenverband appelliert daher an die Arbeitgeber, insbesondere an die bisher mit ihm im Tarifverhältnis stehenden Meister, die Arbeitsnachweise des Verbandes in erster Linie zu benutzen. Eine Verständigung über die Arbeitsbedingungen kann bei einigem guten Willen mit den organisierten Gehilfen ohne weiteres getroffen werden. Der Verband hat, wie andere Verbände, seine Erwerbslosenunterstützung auf das äußerste eingeschränkt, um die Familien seiner im Felde stehenden Mitglieder mit unterstützen zu können.

Soziales.

Gegenmoratorium.

Wie wir bereits am Sonntag mitteilten, hat der Bundesrat beschlossen, daß alle Forderungen gegenüber Zahlungspflichtigen bis zu drei Monaten vom Gericht gewährt werden können.

Zußerdem hat er zwei Verordnungen erlassen, die mit Rücksicht auf die für einen großen Teil des Auslandes angeordnete Moratorien ein sogenanntes Gegenmoratorium ausländischen Forderungen gegenüber anordnet. Nach diesen Verordnungen können vom Auslande aus vermögensrechtliche Ansprüche, die vor dem 31. Juli 1914 entstanden sind, bis zum 31. Oktober 1914 vor inländischen Gerichten nicht geltend gemacht werden. Ferner ist die Fälligkeit solcher im Inlande zahlbaren Wechsel, die im Auslande vor dem 31. Juli 1914 ausgestellt worden sind und die am 31. Juli 1914 nicht verfallen waren, um drei Monate hinausgeschoben.

Statistik der Arbeiterversicherung.

Nach einer im Reichsversicherungsamt gefertigten Zusammenstellung sind von den 31 Landesversicherungsanstalten und den 10 vorhandenen Sonderanstalten bis einschließlich 30. Juni 1914 2 311 448 Invalidentanten, 156 452 Krankenrenten, 534 300 Altersrenten, 17 342 Witwen- und Wittverrenten, 555 Wittwenkrankenrenten, 54 089 Waisenrenten (Rente an Waisenstamm), 19 Zusatzrenten bewilligt worden. Davon sind in dem letzten Kalenderjahr 87 737 Invalidentanten, 2 948 Krankenrenten, 2 628 Altersrenten, 2 741 Witwen- und Wittverrenten, 86 Wittwenkrankenrenten, 7369 Waisenrenten, 8 Zusatzrenten festgesetzt worden. Infolge Todes oder aus anderen Gründen sind bereits 1 295 137 Invalidentanten, 139 487 Krankenrenten, 449 023 Altersrenten, 984 Witwen- und Wittverrenten, 163 Wittwenkrankenrenten, 8360 Waisenrenten, 6 Zusatzrenten weggefallen, so daß am 1. Juli 1914 noch 1 016 312 Invalidentanten, 16 965 Krankenrenten, 85 277 Altersrenten, 16 358 Witwen- und Wittverrenten, 422 Wittwenkrankenrenten, 50 529 Waisenrenten, 13 Zusatzrenten leben. Danach hat sich im letzten Vierteljahre der Bestand an Invalidentanten um 11 515, an Krankenrenten um 4, an Witwen- und Wittverrenten um 2511, an Wittwenkrankenrenten um 46, an Waisenrenten um 6656, an Zusatzrenten um 6 erhöht und der Bestand an Altersrenten um 1183 vermindert.

Bis einschließlich 30. Juni 1914 ist Wittwengeld in 16 944 Fällen (davon entfallen 2451 auf das letzte Vierteljahr) und Waisenaussteuer in 965 Fällen (davon entfallen 218 auf das letzte Vierteljahr) bewilligt worden.

Gerichtszeitung.

Vorsicht bei Kauttionen!

Die häufigen Warnungen, bei Kauttionsbestellungen die größte Vorsicht zu üben, bleiben zum Schaden der Betroffenen noch recht häufig unbeachtet. Gestern klagte ein bei Hingabe einer Kauttion von 1000 M. recht unbefähigter Tischler vor dem Gewerbegericht vergeblich auf Rückzahlung der Kauttion gegen den Eigendreher Gehricke.

In der Wallstr. 31 sollte ein Schanklokal eröffnet werden. Gehricke reichte das Konzessionsgesuch ein und suchte durch Insetzen einer Kauttion. Um diese Stelle bewarb sich der Kläger. Er sollte 1000 M. Kauttion stellen. Als er sich vorstellte, bezeichnete sich ihm gegenüber ein gewisser, vielfach vorbestrafter Uhl als Gehricke. Der wirkliche Gehricke soll nach Behauptung des Klägers dabei gewesen sein und stillschweigend die mißbräuchliche Verwendung seines Namens durch seinen Stiefsohn Uhl geduldet haben. Einige Tage später zahlte der Kläger unbedenklich an Uhl die verlangten 1000 M. Uhl quittierte mit dem Namen Gehricke. Das Lokal wurde nicht eröffnet. Kläger hat von seinem Geld nichts zurückerhalten. Uhl wurde wegen dieses Schwunders mit einem Monat Gefängnis bestraft. Der Kläger richtete nun seine Klage auf Rückzahlung der Kauttion gegen Gehricke. Dieser behauptete noch nichts zu wissen.

Das Gericht mußte leider die Klage abweisen. Es betonte ausdrücklich, daß der Verdacht, den auch die Polizei hatte, Gehricke werde bei der Sache nicht ganz unbeteiligt gewesen sein, vorliege. Aber es fehle jeder Beweis, auf Grund dessen eine Verurteilung hätte erfolgen können.

Ein Kauttionsprozeß.

Ein Vierfahrer beantragte von der Riebeck-Brauerei gestern vor dem Gewerbegericht rückständigen Lohn, Prozente aus dem Bierverkauf und Entschädigung für die Kündigungszeit mit zusammen 281,09 M., außerdem 550 M. Kauttion.

Die beklagte Firma wendete ein, sie habe den Kläger vorzeitig mit Recht entlassen, deshalb sei sein Anspruch auf Lohn unberechtigt. Die Kauttion sei verfallen, weil der Kläger auf eigenes Risiko Bier auf Kredit geliefert, in dem Kauttionsvertrage aber eingewilligt habe, daß die Kauttion hafte, wenn er Bier ohne ausdrückliche Genehmigung der Direktion kreditiere.

Das Urteil sprach dem Kläger 288 M. zu. Die restierenden Provisions- und Lohnforderungen sowie Entschädigung für die Kündigungszeit ständen dem Kläger zu, da ein Entlassungsgrund nicht vorliege. Die Kauttion dagegen hafte in Höhe von 545 M. für die vom Kläger unrechtmäßig gewährten Bierkredite, die sich als unbeitreibbar herausgestellt haben.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. H. Gahnisch, Kderstr. 174.
- O. Petersburger, Blag 4. Gustav Vogel, Roppenstraße 82.
- H. Wengels, Karlsruh. 36.
- NO. 2. Jacht, Immanuelstr. 12. J. Neul, Barnimstr. 42.
- N. H. Wolgast, Wallstraße 9. G. Fischer, Baltianstraße 6.
- Karl Mars, Griesenbager Str. 22. J. Gönisch, Kderstr. 31a.
- G. Vogel, Jorginalstr. 37. H. Tiew, Invalidentstr. 124.
- NW. Salomon Joseph, Wilhelmshagen Str. 48.
- SW. G. Schmidt, Barmalder 42. Taehn, Hagedorger Str. 27.
- S. St. Fris, Brinzenstr. 31. G. Lehmann, Kottbuser Damm 8.
- SO. Paul Böhm, Lanfner Blag 14/15. B. Gorch, Engelauer 15.
- Adlershof, Karl Schwarzkopf, Bismarckstr. 28.
- Baumshulenweg, G. Hornig, Marienholer Str. 18, I.
- Borsigwalde, Paul Kienast, Kderstr. 10.
- Charlottenburg, Gustav Schanzberg, Erlenbeimer Str. 1.
- Friedrichshagen, Ernst Werthmann, Roppenstr. 18.
- Grünau, Franz Klein, Friedrichstr. 10.
- Johannisthal, Wag Gonskur, Karlsruh. 23.
- Karlshorst, Richard Küter, Kderstr. 9, II.
- Köpenick, Emil Wilsch, Rieperstr. 6, Laden.
- Lichtenberg, Otto Zeisel, Bartenburger Str. 1.
- Nieder-Schöneweide, Wih. Hrusch, Brückenstr. 10.
- Nowawes, Wilhelm Jappe, Ruppenstr. 2.
- Ober-Schöneweide, Alfred Haber, Wilhelmminenhöfstr. 17, Laden.
- Pankow, Otto Wisemann, Mühlentstr. 30.
- Reinickendorf, B. Gursch, Pöppelstr. 56, Laden.
- Neukölln, W. Heinrich, Redarstr. 2. Conrad, Geymannstr. 50.
- G. Rohr, Steigfriedstr. 28/29.
- Rummelsburg, H. Rosenkranz, Köpchenhagen 56.
- Schöneberg, Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
- Spandau, Köppen, Breiterstr. 64.
- Steglitz, G. Bernice, Wiesenstr. 5.
- Tempelhof, Joh. Krohn, Dorststr. 82.
- Treptow, Robert Gramann, Kderstr. 412, Laden.
- Wilmersdorf, Paul Saubert, Wilhelmstr. 27.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Dierzu 1 Beilage u. Unterhaltung.

Kriegsverluste einst und jetzt.

Die Ansichten darüber, ob die Kriege blutiger oder unblutiger geworden sind, ob die Verluste bei den Heeren prozentual stärker oder schwächer sein werden als ehemals, gehen bekanntlich weit auseinander.

In der Tat läßt sich auch durch einen Vergleich der Kriegsverluste aus den weiter zurückliegenden und den letzten Kriegen des 18. und 19. Jahrhunderts in keiner Weise mit Bestimmtheit vorher sagen, mit welchen Verlusten wir in dem gegenwärtigen Kriege zu rechnen haben werden. Das hängt alles nicht nur von unserer modernen Bewaffnung, von der gegenwärtigen Art der Kriegführung, von der Größe der auf den verschiedenen Seiten ins Feld geführten Armeen ab, sondern, wie wir noch zeigen werden, von einer ganzen Reihe von Umständen, die sich erst im Verlaufe des Krieges herausstellen werden. Immerhin dürfte es von Interesse sein, einiges über die Erfahrungen zu sagen, die uns die bisherigen Kriege geboten haben, um daraus einen gewissen Maßstab für die Beurteilung der jetzigen Kriegslage zu gewinnen.

Die Kriege noch des 18. Jahrhunderts unterschieden sich von der gegenwärtigen Kriegführung dadurch, daß die Zahl der in den damaligen Armeen vereinigten Kombattanten im Vergleich zu der gegenwärtigen Heeresstärke nur eine geringe war. Im Verlaufe des siebenjährigen Krieges überstieg die Zahl der einzelnen Armeen nicht 60 000 bis 70 000 Mann. Von diesen Armeen nahm an den Schlachten im Durchschnitt ein sehr erheblicher Prozentsatz teil, im Durchschnitt 40-60 Proz. Die Dauer der Schlachten schwankte bis zur französischen Revolution von 1 1/2 bis 10 Stunden. Seitdem jedoch die französischen Revolutionsheere zur „zerstörten Ordnung“, zum aufgelösten Gefecht übergingen, und die entscheidenden Schlagen gewöhnlich durch die Reserven geführt wurden, dauerten schon damals die Schlachten bis zu 36 Stunden.

Da die Kriege vor der großen französischen Revolution und der napoleonischen Zeit durch Söldnerheere geführt wurden, konnte schon aus diesem Grunde deren Kopfstärke keine allzu große sein. Während der Revolutionskriege und unter Napoleon konnten durch die Konstriktion Soldaten in viel größerer Anzahl zu den Fahnen gerufen werden. Die Leichtigkeit der Ergänzung der Truppen und die Befreiung von dem bis dahin notwendigen Magazinssystem, das man durch Requisitionen erreichte, ermöglichte nicht nur die Heranziehung weit größerer Truppenmassen, sondern gab dem Heere auch viel größere Beweglichkeit.

Trotzdem die Bewaffnung der damaligen Armeen im Vergleich zu heute eine geradezu armselige war (auch die besten Schützen konnten damals nicht mehr als 2 bis 3 Schüsse in der Minute abgeben, die Gewehre hatten nur eine geringe Tragweite, und auch ihre Treffsicherheit war nur eine minimale), wuchsen die Verluste durch die größere Häufigkeit der Schlachten und den zusammenfassenden Massenvorstoß im entscheidenden Momente ganz erheblich. So soll nach den allerdings nicht zuverlässigen Angaben, von den 1 350 000 Mann, die in Frankreich im Laufe des Jahres 1793 zu den Waffen gerufen wurden, und von denen ungefähr 1 200 000 auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen zur Verwendung kamen, im Jahre 1798 nur noch ein Drittel übrig geblieben sein. Nach Thiers sollen die Kriege von 1800 bis 1815 2 Millionen Menschen das Leben gekostet haben.

Riesige Opfer kostete auch der Kr.-krieg (1854-1856), trotzdem die Entwicklung der Waffentechnik damals noch eine relativ bescheidene gewesen war. Von den 324 000 Russen wurden getötet 6,4 Proz., verwundet 28,4 Proz., im ganzen also 35 Proz., also weit über 100 000 Mann. Von den 428 000 Mann der Verbündeten wurden getötet 2,5 Proz., verwundet 13,6 Proz., im ganzen also 16 Proz. = circa 88 000 Mann. Gewaltige Läden wurden aber auch bei den beiderseitigen Heeren durch die Seuchen und die Krankheiten geerntet. Die Verbündeten verloren dadurch circa 18 Proz., die Russen circa 11 Proz. ihrer Heeresstärke.

Enorm waren auch die Verluste im Türkisch-Russischen Kriege 1877-1878. Der Gesamtverlust der russischen Truppen, deren Gesamtzahl 592 000 betrug, wird im Verlaufe von drei Monaten auf 154 000 Mann, fast ein Viertel der gesamten Heeresstärke, angegeben. Ramentlich die bei dem Sturm auf Plewna beteiligten Truppen hatten ungeheure Verluste. Der Prozentsatz der Verluste bei den verschiedenen Regimentern belief sich auf 22 bis 62 vom Hundert!

Demgegenüber waren die Verluste im Deutsch-Französischen Kriege 1870/71 verhältnismäßig gering. Der Gesamtverlust der Deutschen betrug nach den offiziellen Angaben 127 897 Mann. Geringer noch waren die Verluste im Preussisch-Oesterreichischen Kriege 1866. Von den 309 000 Preussen wurden 21 000 kampfunfähig, während die Verluste der 390 000 Oesterreicher 84 000 Mann betragen.

Diese relative Geringfügigkeit der Verluste beweist aber keineswegs, daß der gegenwärtige Krieg ebenso verhältnismäßig unblutig verlaufen würde. Kommt doch in Betracht, daß der Preussisch-Oesterreichische Krieg nur 6 Wochen dauerte und durch wenige entscheidende Schlagen zu Ende gebracht werden konnte. Auch der Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 kann nicht unbedingt als Maßstab für die diesmal zu erwartenden Verluste auch nur auf dem westlichen Kriegsschauplatz angesehen werden. Denn im Jahre 1870/71 konnte die schlecht vorbereitete französische Armee in wenigen Wochen niedergeworfen werden. Wenn trotzdem schon die ersten 1 1/2 Monate des Deutsch-Französischen Krieges der deutschen Armee nicht weniger als 87 730 Mann an Verlusten kosteten, so beweist das, wie gewaltig unter Umständen die Menschenopfer sein können, die uns allein der Kampf gegen unsere westlichen Nachbarn bezuzurechnen kann. Zu der größeren Zahl der namentlich auch von feindlicher Seite uns gegenüberstehenden bewaffneten Mächte kommt die vermutlich weitaus bessere Organisation und Kriegsbereitschaft der französischen Heere und die weit größere Furchtbarkeit der heutigen Kriegswaffen, die zwar unter Umständen durch Demoralisierung des Gegners im Verlaufe der Schlachten den Krieg unblutiger machen, die aber andererseits bei hart-

näckigem Widerstand desselben die Zahl der Opfer ins Ungeheure anschwellen lassen können!

Die Erfahrungen der nächsten Wochen und Monate werden uns zeigen, welche Stärke und Kriegstüchtigkeit unseren Gegnern im Osten und Westen innewohnt. Jedenfalls aber ist es gut, wenn sich das deutsche Volk schon heute die ganze Schwere der militärischen Operationen vor Augen führt, um gegen einen Umschlag der Stimmung geschützt zu sein!

Je weniger Romantik sich in die Vorstellungen auch der breiten Masse des Volkes mischt, je klarer die Nation den wirklichen Verhältnissen ins Auge schaut, desto besser!

Krankenkassen-Notgesetz.

Ueber den Inhalt des am 4. August für die Kriegszeit beschlossenen Gesetzes zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen haben wir unmittelbar nach seiner Inkraftsetzung berichtet. Die für die Hausgewerbetreibenden geschaffene Rechtslage haben wir am Sonntag ausführlich dargelegt. Bei der großen Wichtigkeit des Notgesetzes und mit Rücksicht auf die vielen Anfragen geben wir den Wortlaut der beiden auf alle Versicherten betreffenden Paragraphen nachstehend wieder:

§ 1. Für die Dauer des gegenwärtigen Krieges werden bei sämtlichen Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen die Leistungen auf die Regelleistungen und die Beiträge auf 1/2 vom Hundert des Grundlohnes festgesetzt. Laufende Leistungen bleiben unberührt.

Das Versicherungsamt (Beschlußauschuss) kann auf Antrag des Vorstandes einer Krankenkasse verfügen, daß niedrigere Beiträge erhoben oder höhere Leistungen gewährt werden, wenn die Leistungsfähigkeit dieser Kasse gesichert ist. Das Versicherungsamt hat auf solchen Antrag alsbald zu beschließen. Auf Beschwerde entscheidet das Oberversicherungsamt endgültig.

§ 2. Weichen bei einer Kasse diese Beiträge von 1/2 vom Hundert des Grundlohnes für die Regelleistungen und Verwaltungskosten nicht aus, so hat bei Orts- und Landkrankenkassen der Gemeindeverband, bei Betriebskrankenkassen der Arbeitgeber, bei Innungskrankenkassen die Innung die erforderlichen Beihilfen aus eigenen Mitteln zu leisten.

Solange dies bei einer Orts- oder Landkrankenkasse geschieht, kann der Gemeindeverband einem Vertreter das Amt des Kassenvorsitzenden übertragen.

Gemeindeverbände sind die von der obersten Verwaltungsbehörde auf Grund der Reichsversicherungsordnung § 111 Biff. 2 hierzu bestimmten Verbände.

Danach haben die Kassenmitglieder nur auf Regelleistungen Anspruch. Was sind das? Das Gesetz nennt Regelleistungen diejenigen Leistungen, die jede Kasse gewähren muß, und Mehrleistungen diejenigen, die sie nach dem Gesetz durch ihre Satzung darüber hinaus festsetzen kann. Die meisten Kassen, insbesondere die in Groß-Berlin, haben Mehrleistungen. Das Kassenmitglied erhebt aus der Satzung, was in Friedenszeiten ihm zu leisten ist. Es steht aber natürlich nicht darin, was als Regelleistung zu gewähren ist, weil das geringere Leistungen sind, als die Mitglieder nach dem Statut zu beanspruchen haben. Da nun durch das Notgesetz die Mehrleistungen für die Kriegszeit aufgehoben sind, und an deren Stelle die weniger umfassenden Regelleistungen treten sind, ist die Frage gerechtfertigt:

Wie sehen denn die Regelleistungen aus?

Wir beantworten diese Frage nachstehend auf Grund des Gesetzes.

In Betracht kommt Krankenhilfe, Wochenhilfe bei Riederkrankung und Sterbegeld.

Die Regelleistungen bei Krankheit (Krankenhilfe) sind Krankenpflege und Krankengeld.

Die Krankenpflege beginnt mit der Erkrankung. Sie umfaßt für alle Versicherten gleichmäßig die erforderliche Behandlung durch die von der Kasse bestimmten staatlich anerkannten Ärzte und Versorgung mit Arznei, Brillen, Bruchbändern und anderen kleineren Heilmitteln.

Das Krankengeld wird regelmäßig erst vom vierten Krankentage an gezahlt. Es wird nur bei Arbeitsunfähigkeit und nur für Arbeitstage gewährt.

Die Höhe des Krankengeldes bemißt sich nach einem Grundlohn, den die Satzung festsetzt. Die Satzung kann zur Bestimmung des Grundlohnes entweder die Versicherten in Klassen einteilen und als Grundlohn für die einzelnen Klassen ihren durchschnittlichen Tagesentgelt bis zu 5 M. festsetzen, oder sie kann den Grundlohn nach der Lohnhöhe der Versicherten bis zu 6 M. abstufen, oder schließlich den wöchentlichen Arbeitsverdienst der einzelnen Versicherten bis zu 6 M. als Grundlohn bestimmen. Das Krankengeld hat als Regelleistung nur die Höhe des halben Grundlohnes.

An Stelle der Krankenpflege und des Krankengeldes kann die Krankenkasse nach freiem Ermessen Kur- und Verpflegung in einem von ihr zu bestimmenden Krankenhause gewähren. Hat der Kranke einen eigenen Haushalt oder ist er Mitglied des Haushaltes seiner Familie, so ist hierzu regelmäßig seine Zustimmung erforderlich. Neben der Krankenkassenpflege erhalten Versicherte, die bisher Angehörige ganz oder überwiegend unterhalten haben, ein Hausgeld, das dem halben Krankengelde gleichkommt, aber durch die Satzung bis auf dessen vollen Betrag erhöht werden kann. Ist die Krankenkassenpflege nicht durchführbar, so kann die Kasse den Versicherten auch durch Stellung von Krankenpflegern, Krankenschwestern und anderen Pflegern unterstützen und dafür, wenn es die Satzung gestattet, bis zu ein Viertel des Krankengeldes abgeben.

Die Krankenhilfe dauert als Regelleistung ein halbes Jahr. Diese Frist beginnt aber erst mit dem Bezuge des Krankengeldes. Außerdem werden Zeiten, in denen nur Krankenpflege gewährt wird, auf die Unterstützungsdauer bis zu 13 Wochen nicht angerechnet. Eine Herabsetzung der Unterstützungsdauer bis auf 13 Wochen ist nur für solche Versicherte zulässig, die binnen 12 Monaten bereits für 26 Wochen Krankengeld bezogen haben und im Laufe der nächsten 12 Monate an der gleichen nicht gehobenen Krankheitsursache erkranken.

Außer der Krankenhilfe gewähren die Krankenkassen ihren weiblichen Mitgliedern im Falle der Riederkrankung Wochenhilfe, und zwar als Regelleistung ein Wochenlohn. Die Gewährung dieser Leistung ist davon abhängig gemacht, daß die Wöchnerin in dem letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate gegen Krankheit versichert war. Das Wochenlohn hat die Höhe des Krankengeldes und wird für 8 Wochen (bei Landkrankenkassen aber nur für 4 bis 6 Wochen) gewährt, fällt aber bei Bezug von Krankengeld weg. An Stelle des Wochenlohnes kann mit Zustimmung der Wöchnerin Kur und Verpflegung in einem Wöchnerinnenheim oder Hilfe und Wartung durch Hauspflegerinnen treten.

Beim Tode eines Versicherten gewähren alle Krankenkassen ein Sterbegeld, das zur Bedeckung der Begräbniskosten bestimmt ist. Es hat als Regelleistung die Höhe des zwanzigfachen Grundlohnes.

Der Leser sieht, daß die Regelleistungen nach vielfachen Richtungen hin niedriger als die satzungsmäßigen sind. Das Oberversicherungsamt hat aber mit Rücksicht auf die finanzielle Sicherung der Krankenkassen die Genehmigung mehr zu leisten, als die vorstehend beschriebene Regelleistung den Kassen noch nicht gewährt. Es hat also der Versicherte nur Anspruch auf die Regelleistung.

Die Mehrleistungen für die wirtschaftlich jetzt so schlecht gestellten Kassenmitglieder wären vielleicht für Groß-Berlin dadurch zu erzielen, daß die 5 Millionen Mark oder ein Teil derselben, die die Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Vorstandes der Versicherungsanstalt Berlin nach einmütiger Kundgebung aus dem Vermögen dieser Anstalt bereit zu stellen gewillt sind, für die Krankenkassen bereitgestellt würden. Das Reichsversicherungsamt, die Landesversicherungsanstalt und das Oberversicherungsamt Berlin sollten schleunigst darüber in Beratung treten. Wäre statt der jetzigen Organisation der Versicherungsgebarung die von der Sozialdemokratie bereits 1883 vorgeschlagene in Geltung, so wäre das Notgesetz überflüssig, das die Rechte der Versicherten erheblich einschränkt.

Berliner Nachrichten.

Die Bäckermeister und die Kriegsnot.

Das amtliche Innungsorgan „Deutsche Bäcker- und Konditorzeitung“ teilt mit, daß die Berliner Handelskammer in Gemeinschaft mit dem Zweckverband den Bäderinnungen von Groß-Berlin Preise für das von der Stadt Berlin zu liefernde Mehl und das daraus hergestellte Brot festgesetzt hat. Hiernach soll das von der Stadt Berlin erworbene Roggenmehl zu 33 M., Weizenmehl zu 37 M. pro Saek (= 2 Zentner) an die Bäckermeister abgegeben werden. Das aus diesem Mehl hergestellte Brot soll zu folgenden Preisen verkauft werden: das Kilo Roggenbrot 40 Pf., das Kilo Weizenbrot 45 Pf., doch soll das letztere nicht in Form von Schrippen oder Brötchen, sondern als lange oder runde Brote hergestellt werden.

Der Bericht des genannten Innungsorgans erweckt den Anschein, als ob die Bäckermeister glauben, sie hätten bei dieser Preisfestsetzung mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Zeitverhältnisse recht uneigennützig gehandelt. Doch das ist durchaus nicht der Fall. Von Fachleuten, deren Urteil sich auf langjährige Erfahrung und gewissenhafte Kalkulation stützt, wird uns versichert, daß bei den Mehlpreisen von 33 bzw. 37 M. das Roggenbrot zu 35 Pf., das Weizenbrot zu 40 Pf. verkauft werden kann, und die Bäckermeister bei diesen Verkaufspreisen immer noch ein recht gutes Geschäft machen würden.

Es darf wohl erwartet werden, daß die städtischen Behörden die Preisfestsetzung der Bäckermeister von uninteressierten Fachleuten nachprüfen lassen und darauf hinwirken, daß der als Rohstoffaktion gedachte Mehloverkauf durch die Stadt lediglich den Konsumenten zugute kommt und nicht etwa auf Kosten der letzteren den Bäckermeistern ungerechtfertigt hohe Gewinne in den Schoß wirft.

Die Bäckermeister gehen — wie wir aus ihrem Innungsorgan ersehen — mit dem Gedanken um, an zuständiger Stelle zu beantragen, daß während der Kriegszeit das Kindererziehungsgesetz außer Kraft gesetzt wird und die Lehrlinge vom Besuch der Fortbildungsschule entbunden werden. Hiernach soll dem nach Angabe der Bäckermeister vorhandenen Mangel an Arbeitskräften gesteuert werden.

Auch diese Forderung ist unbegründet. Allerdings hat die Mobilmachung viele Bädereigellen ihrer Arbeit entzogen. In den ersten Tagen kann sich also ein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar gemacht haben. Jetzt aber herrscht kein Mangel mehr. Gelernte Bäcker, die in ihrem Handwerk keine Verdäufstigung finden konnten, arbeiten in allen Industriezweigen. Jetzt, wo sie in der Bäckerei gebraucht werden, bieten sie sich hier wieder an, um so mehr, da ja in vielen Industriezweigen Arbeitsmangel herrscht. Infolgedessen verfügt das Bäckergewerbe jetzt über so viele militärfreie Arbeitskräfte, daß eine Ausdehnung der Lehrlings- und Kinderarbeit keineswegs gerechtfertigt ist.

Wir möchten dem Magistrat den Vorschlag unterbreiten, das vorhandene Mehl nach Möglichkeit selber zu verboden und das Brot zum Selbstkostenpreis an die Bevölkerung abzugeben. Die Stadt Berlin hat in Wuch in der dortigen Zentrale eine eigene Bäckerei, in der Brot gebacken werden kann. Auch in Rummelsburg wird das für die Korrigenden und für das städtische Asyl benötigte Brot hergestellt, das als sehr schmackhaft gerühmt wird. Wäre es nicht möglich, diese Bäckereien zu erweitern und Brot für die Bevölkerung herzustellen? Durch einen mäßigen Preis könnte die Stadt auf die Preise einen gewissen Druck ausüben, zumal heute die Backwaren, Weißbrot und Schwarzbrot, von einem Umfange sind, daß man auf den ersten Blick erkennt, in welcher Weise die breite Masse heute schon leidet.

Wahrung zur Einschränkung von Vergnügungen.

Antlich ergeht durch das Volkssche Telegraphenbureau folgende Wahrung:

„Seit dem Bestehen des Kriegszustandes haben wohl die Vergnügungen leichter Art, die im Leben der Reichshauptstadt einen so breiten Raum einnehmen, hier und da eine gewisse Einschränkung erfahren. Aufgehört haben sie aber keineswegs, und es drängt sich die Frage auf, ob es dem Ernst der Zeit, in der wir leben, entspricht, wenn Tanzlokale und Ringelringe der verschiedensten Manufakturen ihre Pforten auch heute noch bis in die tiefe Nacht hinein in derselben Weise geöffnet halten, als läge das Vaterland nicht in dem größten Kriege, den es je geführt hat, als lägen nicht unzählige seiner Söhne draußen vor dem Feinde dem Tode entgegen. Die Frage aufzuwerfen, heißt sie verneinen, und ausgelassene Vergnügungen werden auf das öffentliche Empfinden sicherlich noch verletzender wirken, wenn sich erst, wie das in dem Riesenkampf ja gar nicht ausbleiben kann, die Trauer um liebe Angehörige auf so manche Familie herabgeschleift hat. Das bezieht sich auch auf die und jene Theateraufführung, die man jetzt noch angekindigt sieht; tolle Fessen sind wenig am Platze, wenn der ganze Ernst des Krieges spricht. Und auch das Geld, das für ein Uebermaß an Lustbarkeiten ausgegeben wird, kann für bedrängte Angehörige ins Feld gezogener Familienväter, für Kranke und

Bewanderte heute mäßig besser angewendet werden. Die patriotische Gesinnung, die sich beim deutschen Volke jetzt in so erhebender Weise überall kundgibt, wird — so darf wohl erwartet werden — auch beim Verhalten und Gelingen öffentlicher Vergünstigungen das richtige Maßhalten lehren. Gewiss, es findet bei diesen Veranstaltungen eine Anzahl von Menschen ihr Brot, auf deren Erwerbbarkeit Rücksicht zu nehmen ist, und es wird Erholungsbedürftigen Gelegenheit sich aufzurichten, gern gegönnt werden; aber auch bei Luftbarkeit kann dem Ernst der Zeit Rechnung getragen werden, und bei alldem guten Willen wird sich der rechte Weg dazu schon finden lassen."

Soweit unser Leserkreis in Frage kommt, ist durchgängig auf jedes Vergnügen verzichtet worden, wie aus den Anknüpfungen in unserem Blatte zu entnehmen ist. Für die breite Masse besteht jetzt überhaupt keine Möglichkeit, an Vergnügen zu denken, da mit jedem Tage die Sorge um den Lebensunterhalt sich immer mehr geltend macht.

Der Polizeipräsident und die öffentlichen Vergünstigungen.

Der Polizeipräsident hat den Inhabern der Singpielhallen und ähnlicher Vorstellungslokale sowie der Kino-Theater folgendes eröffnen lassen:

Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Kriegszeit muß erwartet werden, daß nur Aufführungen stattfinden, die dem Ernst der Zeit und dem patriotischen Empfinden der Bevölkerung entsprechen. Ferner sind Aufführungen zu vermeiden, die die Wirkung haben könnten, das Publikum zu Gewalttätigkeiten gegen hier lebende wehrlose Ausländer aufzureizen.

Unternehmer, die diese Anordnung nicht beachten und durch ihre Aufforderung Vergernis erregen oder Störungen der öffentlichen Ordnung veranlassen, haben damit zu rechnen, daß ihnen die etwa erteilte Verlängerung der Polizeistunde entzogen und daß die Schließung ihrer Vorstellungsräume in Ermägung genommen wird.

Die Leiterinnen der Lesesabende werden ersucht, so fort die Listen der freiwilligen Helferinnen, deren Namen und Adressen sie im Lesesabend notiert haben, an die Genossin Zieg, Lindenstr. 3, einzusenden.

Kommunale Maßnahmen zur Vinderung der Not.

Die Gemeindevertretung in Reinickendorf beschloß zum Ankauf von Lebensmitteln 50 000 M. zur Verfügung zu stellen. In erster Linie sollen die Erträge des eigenen Rieselgutes (Brotgetreide, Kartoffeln und eventuell Milch) für Notstandsaktionen reserviert werden. Den Familien der ins Feld Gerückten soll zu der staatlichen Hilfe zu zahlenden Unterstützung eine Beihilfe in Höhe von 100 Proz. gewährt werden. Den Familien der Gemeindearbeiter und -Bediensteten wird die Gemeinde als Arbeitgeberin einen weiteren Zuschuß von wöchentlich 6 M. für die Frau und 1 M. für jedes Kind bis zum Gesamtbetrag von 9 M. pro Woche zahlen.

Die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung bewilligte in ihrer letzten Sitzung bis auf weiteres den Familien der einberufenen Mannschaften aus Gemeindegeldern einen Zuschuß von 100 Prozent zur staatlichen Unterstützung. Außerdem wurden noch 500 000 M. zur Beschaffung von billigen Lebensmitteln bereitgestellt. Zur Einstellung von Ersatzkräften für die Feuerwehr sind 10 000 M. vorgesehen, 1000 M. werden als Lehrgeld für diejenigen Arbeitslosen zur Verfügung gestellt, welche sich an den Erntearbeiten beteiligen.

Die Gemeinde Bohnsdorf gewährt nach einem von der dortigen Gemeindevertretung gefassten Beschluß den in Frage kommenden Familienangehörigen 100 Proz. Zuschuß. Einige Gemeindevertreter erklärten sich zur nennigeltigen Abgabe größerer Posten von Kartoffeln bereit.

Außerdem sollen die hiesigen Landwirte ihre Erzeugnisse zu den billigen Preisen liefern. Eine aus drei Gemeindevertretern und vier Frauen zusammengesetzte Kommission soll die Gesuche prüfen. Bei Bedarf von Arbeitskräften sollen in erster Linie hiesige Arbeitslose berücksichtigt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung in Trebbin beschloß einstimmig auf Antrag unserer Genossen, 500 M. für bedürftige Angehörige der Kriegsteilnehmer und Holzmittel zur Stadtförderung zu bewilligen. Ein weiterer Antrag unserer Genossen, neben der vorgeschlagenen Befreiung der Staatssteuern auch den Bedürftigen die Kommunalsteuer zu erlassen, wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Betont wurde, daß diese Beihilfen nicht als Armenunterstützung angesehen werden dürfen.

Unterstützungen an Frauen der Kriegsteilnehmer

zahlen außer den bereits angeführten folgende Firmen: Der Verein der Brauereien Berlin und Umgegend hat beschlossen, den Frauen der in den Kriegsdienst Berufenen pro Woche 5 M. zu zahlen. Für jedes Kind bis zu 16 Jahren, bei Erwerbsunfähigkeit auch bis zu einem höheren Alter wird pro Woche 1 M. gezahlt. Darüber hinaus bleibt es den einzelnen Brauereien vorbehalten, was sie tun wollen.

Die Firma Steffens u. Kollé K. G. zahlt den einberufenen Beamten ein volles Monatsgehalt und hat sich bereit erklärt, die Angehörigen derselben, sowie auch die Angehörigen der einberufenen Arbeiter bis auf weiteres zu unterstützen.

Einem Fonds von 50 000 M. hat für ihre eingezogenen Angestellten und Arbeiter sowie deren Familien die National-Registrierkassen-Gesellschaft, Dallesches Ufer 12, gestiftet.

Die Firma Richard Klinger, Tempelhof, Saalburgstraße, zahlt bis auf weiteres wöchentlich 6 M. Familienunterstützung, 5 M. pro Woche und 1 M. pro Kind erhalten die Frauen der Firma Mayer K. G., Dynarstr. 5-6.

Die Ausbildung von Frauen und Mädchen zum Samariterdienst wird jetzt von den verschiedensten Vereinen in umfangreichem Maße gefördert. Soweit hiermit ein edler Zweck verbunden ist, wird man solche Bestrebungen nur begrüßen können. Und gemachten Mitteilungen zufolge scheinen indessen bei einer großen Anzahl sich meldender Frauen durch die Art, wie oft zur Teilnahme an solchen Vorträgen und Samariterkursen aufgefordert wird, ganz falsche Vorstellungen erweckt zu werden. Vor uns liegt z. B. ein Plakat, welches an die Niedertätigkeit deutscher Frauen im Wettstreit mit männlichem Cyfermat appelliert und zur Teilnahme an drei Vorträgen und Vorbereitungskursen über praktische Kriegspflege auffordert. Es meldeten sich auch eine Anzahl Frauen, die sich für den Liebesdienst zur Verfügung stellen wollten. Einige von ihnen teilen uns nun ganz erstaunt mit, daß man ihnen zunächst für das Unterrichtsmaterial Geld abgefordert habe. Aber nicht genug damit sei ihnen auch erklärt worden, daß sie für die Ausbildung zum Samariterdienst 20 M. zu zahlen hätten. Von all dem ist auf dem betreffenden Plakat nicht die Rede. Und doch sollte es Pflicht derjenigen Personen sein, die an die Niedertätigkeit deutscher Frauen im Wettstreit mit männlichem Cyfermat appellieren, daß sie die sich meldenden Frauen über ihre finanziellen Verpflichtungen nicht im Zweifel lassen. Das scheint uns so sehr angebracht zu sein, als der Andrang des weiblichen Elements zu diesen Kursen ganz enorm ist, so daß Frauen mitunter schon gefragt worden ist, daß an ihre Verwendung vorläufig nicht zu denken sei. Schon deshalb erscheint es angebracht, bei solchen privaten Veranstaltungen die nötige Vorsicht zu üben.

Umsteigefahrtscheine im Bereich der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn.

Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn teilt folgendes mit: Die Abfertigung des Umsteigeverkehrs im Bereich der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn erfordert neben Gewandtheit und Umsicht eine eingehende Kenntnis und Streckenkenntnis, die den jetzt zur Bedienung von Belagerten eingestellten Schaffnerinnen abgeht. Eine Schwierigkeit, die sich auch schon bei der städtischen Straßenbahn gezeigt, sobald Uebergangsfahrtscheine für die Hochbahn ausgegeben werden müssen. Im Irrtum und unvorsichtige Verärgelungen in der Abfertigung des Verkehrs zu vermeiden, werden daher vom 18. d. M. ab bei der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn bis auf weiteres Umsteigefahrtscheine nur von den Schaffnern der Triebwagen ausgegeben und Personen, die Umsteigefahrtscheine verlangen, von den Schaffnerinnen nach dem Triebwagen verwiesen werden.

Die Pfandleihen.

Sie sollten eigentlich, neben ihrem kapitalistischen Zweck, dazu dienen, armen Leuten in Zeiten der Not gegen Verpfändung von Gegenständen einige Barmittel zur Verfügung zu stellen. In der jetzigen schweren Zeit hätten sie in dem angeordneten Sinne lindern wirken können. Aber jetzt zeigt sich etwas anderes. Die Pfandleihen werden jetzt so in Anspruch genommen, daß sie zurzeit andere Gegenstände als Schmuckstücke nicht mehr in Pfand nehmen. Dadurch kommt ein großer Teil der Armen in die größte Verlegenheit.

Während vom Staat Darlehnskassen gegründet wurden, an denen Kaufmannswaren beliehen werden, ist der ärmeren Bevölkerung die einzige Möglichkeit genommen worden, sich Geld zu verschaffen. Wünschenswert wäre es, wenn vom Staat dafür gesorgt würde, daß auch kleineren Leuten gegen Leistung von Sicherheit dementsprechende Summen zinslos zur Verfügung gestellt würden.

Es wäre rätlich, wenn andere Kommunen dem Beispiel Neuköllns folgen und eigene Pfandleihen einrichten würden, dann dürfte es nicht schwer werden Erleichterungen zu schaffen.

Die ärztliche Behandlung in Groß-Berlin während des Krieges.

Der Ärzteauschuß von Groß-Berlin teilt folgendes mit: Die Ärzte, die in Groß-Berlin zurückbleiben, werden voraussichtlich in der nächsten Zeit durch die Vertreibung der ins Feld gerückten Ärzte sehr stark in Anspruch genommen sein. Es ergeht deshalb an das Publikum die dringende Bitte, Versuche möglichst in der Morgensprechstunde zu befehlen. Nur dann werden die Ärzte in der Lage sein, für ordnungsgemäße Behandlung zu bürgen. Die Bitte bezieht sich sowohl auf Privatpatienten wie auf Kassemitglieder.

Der Ärzteauschuß von Groß-Berlin bittet uns, folgendes mitzuteilen: An den Bistafhäusern usw. werden von einer Frau Eilise Wod, die sich sonst mit Schönheitspflege befaßt, und einem Dr. med. Bittel Vorträge und Vorbereitungskurse über praktische Kriegspflege angekündigt. Diese Vorträge haben nichts mit den Vorträgen zu tun, die von der Groß-Berliner Ärzteschaft unentgeltlich im Interesse der Verwundeten und anderen Kranken veranstaltet werden. Die Ärzteschaft legt Wert darauf, daß eine Verwechslung nicht stattfindet.

Tempelhofer Kinderklinik. Die Mütter, welche während ihrer Beschäftigung ihre Kinder im Jugendheim unterbringen wollen, werden gebeten sich abends nach 7 Uhr bei Frau Schmidt, Friedrich-Wilhelm-Str. 97, vorn III, zu melden.

Das Freibad Raggelbad ist seit Sonntag geschlossen.

Straßenbahn „Warschauer Brücke-Dichtenberg“ wieder in Betrieb.

Die Hochbahngesellschaft hatte diese Anschließlinie nach der Mobilmachung wegen Personalmangels einstellen müssen. Da die Omnibuslinien der Gesellschaft einstweilen außer Betrieb bleiben, wird das hierdurch freigebliebene Personal teils für den Betrieb der Hoch- und Untergrundbahn, teils für die Anschluß-Straßenbahn nach Dichtenberg verwendet werden. Der Betrieb auf der genannten Straßenbahnlinie wird am Mittwoch, den 12. d. Mts. wieder aufgenommen.

Kleine Nachrichten. Von einem Militärauto überfahren wurde am Dienstagmorgen in Schöneberg die 50jährige Stütze Sophie Dietmann aus der Brunenwaldstr. 82. Beim Überfahren des Fahrdammes der Hauptstraße in der Nähe der Brunenwaldstraße überfuhr die Frau das Veranfahren eines Militärkraftwagens, und wurde von dem Auto umgerissen und überfahren. Die D. erlitt einen schweren Schädelbruch und anscheinend auch innere Verletzungen. Auf der nächsten Infirmität erhielt die Verunglückte die erste ärztliche Hilfe und fand dann im Schöneberger städtischen Krankenhaus Aufnahme. — Ein tödlicher Eisenbahnunfall hat sich auf der Leichter Eisenbahnstrecke ereignet. In der Nähe der Station Dallgow bei Döberitz fanden Bahnbeamte vorgestern den Leichnam eines jungen Mannes zwischen den Schienen auf, der schwere Verletzungen aufwies. Zweifelslos ist der Mann von einem Eisenbahnzuge überfahren und getötet worden. Die Persönlichkeit des Verstorbenen konnte noch nicht ermittelt werden, da der Tote keinerlei Papiere bei sich trug. Die Leiche wurde nach der Halle des Friedhofes in Dallgow gebracht.

Parteiveranstaltungen.

Wilmerdorf. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Zusammen in den bekannten Lokalen.

Das Charlottenburger Arbeiter-Jugendheim, Rosinenstr. 8, ist geöffnet Dienstags, Donnerstags und Sonnabends 7-1/2, 10 Uhr abends. Jeden Sonntag, nachm. 2 Uhr: Spielpartie nach Bickelsberge.

Sitzungsstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Adlershof. Donnerstag, den 13. August, abends 8 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Gemeindevorstandes, Dismarckstr. 1.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Wichtigster Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Eine Verbindlichkeit.) Dienstag, den 11. August. Fleisch: Rindfleisch 160 kg Markt: Ochsenfleisch 81-90, do. 114 77-80, do. 114 65-76; Bullenfleisch 14 75-85, do. 114 68-74; Rinde, fett 55-65, do. mager 45-55, Preis 75-78; Rindfleisch: Doppelfender 105-130; Rindfleisch 14 95-105, do. 114 78-90; Rindfleisch: Hammelfleisch: Hammelfleisch 95-100; Hammel 14 90-94, do. 114 80-90; Schaf 85-92; Schweinefleisch 67-73. — Gemüse, inländisches: Kartoffeln, neue weiße Waggelburger 5-5,50, neue Waggelburger 5-5,50, weiße Köpffrüchte 5-5,50; Porree Schod 0,60-1,10; Spinat 50 Kilogramm 10,00-20,00; Kohlen 10,00-20,00; Mohrrüben 50 Kilogramm 2,30-3,50; Bohnen 50 Kilogramm 8,00-15,00; Bohnenbohnen 50 kg 15,00-20,00; Kollrabi Schod 0,60-1,00; Kürbisschod Schod 3,00-6,00; Weißkohl Schod 8,00-6,00, Kollfahl, Schod 4-9; Kohlrüben Schod 3-5; Meerrettich Schod 15,00-20,00, do. 50 kg 30,00; Petersilienwurzel Schod 1,00-3,00; Radieschen Schod 0,70-1,00; Salat Schod 2,00 bis 3,00; Zwiebeln, 50 kg 11,00-12,00; Tomaten 50 kg 10,00-15,00; Pfefferlinge 50 kg 30,00-35,00; Weizen 50 kg 5,00-8,00; Garten Schod 6,00-8,20; Emsgurken Schod 20,00 M.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmorgen: Etwas kühler und zunächst ostwärts fortschreitende Zunahme der Bewölkung. Im Norden zahlreiche, im Süden vereinzelte Gewitter, später wieder vielfach heiter.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Eröffnungsfeier zum Besten des Roten Kreuzes: Prinz Friedrich von Homburg. Schauspiel in 5 Akten. Beginn 8 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. Freitag und Sonnabend: Prinz Friedrich von Homburg. Sonntag, abends 8 Uhr: Wilhelm Tell.

ROSE-THEATER

Rose-Franfurter Str. 132. Auf der Gartenbühne, bei ungünstiger Witterung im Theater Hof: Das eiserne Kreuz. In Feindes Land. Die Wacht am Rhein. Ein Teil des Ertrages ist für das Rote Kreuz bestimmt.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sängler!

Dr. patriotisches Programm. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr. Für Militärpersonen und deren Angehörigen völlig freier Zutritt zu d. Stettiner Sängern und Theater.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. Berl. Reichstagswahlkreises.

Am Sonntag, den 9. August, verstarb unser Genosse, der Tischler

Paul Jäckel

(Schönhauser Allee 52). Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 13. August, nachmittags 4 Uhr, von der Friedhofhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. Um rege Beteiligung bittet Der Vorstand. 230/11

Deutscher Holzarbeiterverband. Zahlreiche Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Paul Jäckel

(Schönhauser Allee 52) im Alter von 51 Jahren gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 13. August, nachmittags 4 Uhr, von der Friedhofhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung. 90/11

Statt besonderer Mitteilung.

Am Montag, den 10. August 1914, nachmittags 4 1/2 Uhr, verschied nach kurzem, aber schwerem Krankenlager mein lieber Mann, unser treuerstehender Vater, der Galtwirt

Ernst Wittchow

in Berlin-Wittenau im 54. Lebensjahre. 29975 Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen Ida Wittchow geb. Halpapp Ernst Wittchow Hans Wittchow Die Beerdigung findet Freitag, den 14. August, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Friedhofes an der Spandauer Straße in Berlin-Wittenau aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharnim.

Bezirk Borsigwalde-Wittenau. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Gemeindevorsteher, der Genosse Galtwirt

Ernst Wittchow

Wittenau, Oranienburger Straße gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 2 Uhr, von der Friedhofhalle aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 28985 Die Bezirksleitung.

Arbeiter-Gesangverein Malbud Wittenau

Mitglied des Welt-Sängers-Bd. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Sangesbruder

Ernst Wittchow

Oranienburger Str. 100 im Alter von 54 Jahren gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 2 Uhr von der Friedhofhalle aus statt. 28986 Der Vorstand.

Dankagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwägerin Gertrud sagen wir allen Teilnehmern unseren innigsten Dank. 28986 Familie Rudolf Dising.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker

Karl Jost

Friedenwalder Str. 9 am 9. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. August, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Gemeindekirchhofes, Friedenwalder Straße, aus statt. Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen fernher zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Gustav Ballewski

gestorben ist. Ehre seinem Andenken! 128/13 Die Ortsverwaltung.

Hiermit allen meinen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 10. August, nach schwerem kurzen Leiden, meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Agnes Schmidt geb. Teich

an Herzschwäche verstorben ist. Um stille Teilnahme bitten Reinhold Schmidt nicht seinen drei Kindern. Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. d. Mts., nachm. 5 Uhr, von der Halle des neuen St.-Pauls-Kirchhofes in der Seestraße, aus statt. 12687

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzsenden bei der Beerdigung unserer lieben Mutter

Minna Strauß

sagen wir allen Beteiligten, ganz besonders dem Genossen Biele für seine tröstlichen Worte am Sarge der Entschlafenen, unseren herzlichsten Dank! Charlotte u. Oskar Strauß.

Innungs-Frankenasse der Tischler-Zunung

zu Berlin.

Durch Reichsbescheid vom 4. August dieses Jahres, Reichsbescheid Nr. 53, Jahrgang 1914, sind mit Gültigkeit vom 4. August 1914 als folgende Vorarbeiten zurecht Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen erlassen worden:

1a. Für die Dauer des gegenwärtigen Krieges werden bei sämtlichen Orts-, Landes-, Bezirks- und Innungs-Krankenkassen die Leistungen auf die Regelleistungen und die Beiträge auf 4/5, vom 1. August 1914 ab, herabgesetzt. Die Beiträge betragen vom 4. August 1914 ab:

Für die 1. Klasse	0,33 M.
" " " 2. " "	0,51 " "
" " " 3. " "	0,66 " "
" " " 4. " "	1,25 " "
" " " 5. " "	1,59 " "

Der Vorstand 276/9 Otto Cronau, Vorsitzender.

Damenkonfektion

Vorzugspreise!

Berlin W.

Mohrenstraße 37 a

Westmann

Berlin NO.

Große Frankfurter Straße 115 (nahe Andronstraße.)

Sonntag

von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends

geöffnet!

Schwestern-Kleidung

Trauer-Magazin.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69

Die erste Hilfe bei Unglücksfällen

von Dr. med. Christeller

Mit 9 Text-Illustrationen

Preis 50 Pf.

Ungekürzte Volksausgabe 20 Pf.

